

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
	a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien bei der Landtagswahl 2012.....	2
	b) Abnehmende Repräsentationsfähigkeit des politischen Systems	4
	c) Berg- und Talfahrt von Parteien – kein Novum der LINKEN	6
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Nordrhein-Westfalen	9
	a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012	9
	b) Das Wahlsystem in Nordrhein-Westfalen	14
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	15
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	15
	b) Keine Wechselstimmung und Präferenz für rot-grün.....	16
	c) Die wichtigsten Probleme in NRW / Wahlentscheidende Themen	18
	d) Parteienkompetenzen.....	19
	e) Das Image der Parteien und die Zufriedenheit mit ihnen	21
	f) Kein Regierungswechsel in NRW	21
IV.	Auswirkungen auf den Bundesrat	24
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse	25
	a) Die Wähler/-innenwanderung	25
	b) Wer wählte wen?	26
	Anlage B: Wahlnachtbericht-Spezial: Die Piraten-Partei nach der NRW-Wahl	36
	B.I. Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei	36
	B.II. Die Piraten-Partei im Spiegel der Wahlumfragen	36
	B.III. Die Wähler/-innenschaft der Piraten-Partei	40
	B.IV. Erklärungsmomente der Erfolge der Piraten-Partei.....	43
	Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt	46

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis werden im Landtag Nordrhein-Westfalen weiterhin fünf Parteien vertreten sein, wobei DIE LINKE den Landtag verlässt und dafür die Piratenpartei in das vierte Landesparlament einziehen.

Die Piraten haben damit endgültig den Status als städtische Regionalpartei verlassen, deren Biotop das großstädtische Milieu darstellt. Denn mit jeweils mehr als 5% gewählt wurden sie nunmehr in einem metropolitanen Stadtstaat (Berlin), einem kleinen Flächenland (Saarland) und einem weiterhin agrarisch und kleinstädtisch geprägten Flächenland (Schleswig-Holstein).

Nunmehr stellen sie auch eine Landtagsfraktion in dem Land, das häufig als die „kleine Bundesrepublik“ bezeichnet wird. Auf dem Weg in den Deutschen Bundestag ein wichtiger Schritt für die Partei, die derzeit Platz drei in den Umfragen auf Bundesebene hält – selbst wenn Die Grünen seit 2011 ein Lied davon singen können, wie vergänglich ein solches Stimmungshoch sein kann.

DIE LINKE, deren Entstehung untrennbar mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 verbunden ist, verliert im bevölkerungsreichsten Bundesland ihre landesparlamentarische Repräsentanz. DIE LINKE in NRW erhält als weiterer Landesverband die Quittung für die Unterlassungssünden im Parteaufbau und die politische Aufstellung auf Bundesebene.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in NRW am 13. Mai 2012

	Landtagswahl 2012			Landtagswahl 2010			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	13.264.231			13.267.052					
Wähler_innen	7.901.922	59,6%		7.870.412	59,3%		31.510		
Gültige Stimmen	7.780.555			7.760.546			20.009		
CDU	2.050.633	26,4%	67	2.681.700	34,6%	67	-631.067	-8,2%	0
SPD	3.050.160	39,2%	99	2.675.818	34,5%	67	374.342	4,7%	32
GRÜNE	884.136	11,4%	29	941.162	12,1%	23	-57.026	-0,8%	6
FDP	669.971	8,6%	22	522.229	6,7%	13	147.742	1,9%	9
LINKE	194.539	2,5%	0	435.627	5,6%	11	-241.088	-3,1%	-11
PIRATEN	608.957	7,8%	20	121046	1,6%		487.911	6,3%	20
NPD	39.993	0,5%		55.400	0,7%		-15.407	-0,2%	0
Pro NRW	118.270	1,5%		107476	1,4%		10.794	0,1%	0
Sonstige	163.896	2,1%		220.088	2,8%		-56.192	-0,7%	0

Der neue Landtag hat aufgrund vieler Überhang- und Ausgleichsmandate 237 statt 181 Mitglieder.

a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien bei der Landtagswahl 2012

Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Landtagswahl mit 59,6% leicht über dem Ergebnis von 2010, der mit 59,3% zweitschlechtesten Wahlbeteiligung überhaupt.

Die SPD hat diese Wahl eindeutig gewonnen. Sie verzeichnet prozentual Zugewinne von rund 4,5% und ein Plus von rund 375.000 Wählerinnen und Wählern. Psychologisch wichtig dürfte für die SPD zudem sein, das sozialdemokratische Kernland, welches sie 2005 verlor,

mit einer stabilen Mehrheit zurückerobert zu haben und mit der Regierungsbildung beauftragt worden zu sein.

Der Erfolg wird mit der alten und neuen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verbunden. Bei einer Direktwahl hätten sie 68% gegenüber ihrem christdemokratischen Herausforderer Norbert Röttgen (26%) gewählt. Die hohe Zustimmung wird auch als bundespolitisches Signal gegen die Regierungskoalition in Berlin ernst genommen und beflügelt voraussichtlich die Kanzler/-innenkandidatendebatte für 2013. Infratest dimap veröffentlichte am Wahlabend, dass auf die Frage, wer seitens der SPD gegen Merkel antreten sollte, sich 36% für Steinbrück, jeweils 23% für Kraft und Steinmeier aussprachen, während gerade einmal 8% den SPD-Parteivorsitzenden Gabriel präferierten.¹

Die SPD in NRW gewinnt von allen Parteien mit Ausnahme ihres hohen Verlustes von 90.000 Wählerinnen und Wähler an die Piraten (genauso viele Stimmen gewinnt sie von DER LINKEN). Mit 110.000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenlager und 190.000 Stimmen von der CDU hat sie hier die meisten Zugewinne zu verzeichnen.

Die CDU läuft mit einem Verlust von 8,2% gegenüber 2010, einem Ergebnis von 26,3% und mehr als 12% weniger als der SPD weit abgeschlagen als zweitstärkste Kraft in den Landtag ein. Dies ist das schlechteste Ergebnis, das die CDU jemals in NRW erhielt. Diese Niederlage schwächt nicht nur Norbert Röttgen, der noch am Wahlabend als Landesvorsitzender in NRW zurücktrat, um – wie die FAZ bereits formuliert hatte – zur Sicherung seiner Position innerhalb des Kabinetts eine Brandmauer zur Wahlniederlage hochzuziehen, sondern das NRW-Wahlergebnis ist vor allem eine Niederlage der ganzen Merkel-CDU.

Die Grünen erreichen 11,3% der Stimmen und sind damit eine stabile Koalitionspartnerin für die SPD. Trotzdem haben sie – gleich ihrem Bundestrend – leicht verloren und bewegen sich auch weit hinter den bundespolitischen Umfragespitzen, die durch die „S21-Demonstrationen“ und durch die von den Katastrophen in Japan forcierten Energiedebatten 2011 getragen wurden. Sie haben 80.000 Stimmen an die Piraten verloren und zeigen damit erneut, dass die Newcomerin im bundesdeutschen Parteiensystem für die Grünen am gefährlichsten sind. Innerhalb des Landes wurde ihnen anerkannt, dass sie nicht mehr so zerstritten sind (78%) und 68% wollten sie wieder in der Regierung sehen.²

Die FDP hat mit einem Ergebnis von 8,6% erneut gezeigt, dass sie ein erfolgreiches – die Bundespartei attackierendes - Rezept mit Christian Lindners „Das ist meine FDP“ gefunden hat. Es kann angenommen werden, dass die Ergebnisse von Schleswig-Holstein und NRW die Grundlage für das Durchschreiten der Talsohle bundespolitischer Existenzbedrohung der Liberalen im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 darstellen.

Die FDP-Wählerinnen und Wähler zeigten mit ihrer Zustimmung entgegen dem Bundestrend, dass Philipp Rösler offenbar der falsche Vorsitzende ist. Mit Spitzenkandidaten wie Kubicki in Schleswig-Holstein und noch deutlicher mit Politikern wie Christian Lindner gelingt es der FDP die programmatische Engführung der Westerwelle-Ära zu überwinden und könnten die Liberalen den Gebrauchswert eines modernen Liberalismus zurück in die bundespolitische Debatte holen. Die FDP könnte auf diesem Wege wieder mehr als eine eingleisige Steuer-senkungspartei werden, obwohl sie zugleich weit entfernt vom Anknüpfen an sozialliberale Positionen ist.

Die Piraten sind in den vierten Landtag eingezogen. Anders als in Schleswig-Holstein greifen sie mit ihrem Ergebnis von 7,8% die sichere rot-grüne Mehrheit nicht an und verfehlen einen unmittelbaren Einfluss auf die Regierungsbildung.

Ihnen gelang es allerdings erneut, mehr Wählerinnen und Wähler in den ländlichen Regionen als in den städtischen Ballungsräumen zu gewinnen. Damit punkteten sie mit ihrem landespolitischen Angebot zum zweiten Mal gegen ihr mediales Image, als Partei das urbane junge Prekariat zu vertreten.

¹ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2012-05-13-LT-DE-NW/umfrage-aktuellethemen.shtml>.

² <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2012-05-13-LT-DE-NW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

Das politische Angebot, sich für eine andere Beteiligungskultur an politischen Entscheidungen einzusetzen, ist offenbar in allen Siedlungsstrukturen ein attraktives Thema und wird zunehmend unabhängig von netzpolitischen Interessen anerkannt.

DIE LINKE verfehlt den Wiedereinzug in den Landtag. Mit ihrem Ergebnis von 2,5% liegt sie noch unter dem summierten Ergebnis von WASG und PDS, die 2005 in zwei Formationen in NRW antraten.

Obwohl es in NRW in Ansätzen gelang, die Fraktion und die Landespartei als eigenständige und aufeinander bezogene politische Zentren zu entwickeln, genügten diese ersten landespolitischen Erfahrungen nicht, um an das achtbare Ergebnis von 5,6% 2010 anzuknüpfen.

In nur 20 Monaten konnten weder die Landespartei mit ihrem stetigen Parteaufbau, noch engagierte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus der ganzen Partei, sowie sympathische Spitzenkandidatinnen und Landessprecherinnen (Katharina Schwabedissen, Hubertus Zedel, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann) sich gegen den Bundestrend der LINKEN stemmen.

DIE LINKE verliert außer an die CDU an alle Parteien und an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Am meisten verliert sie an die SPD, an die sie auch die Kompetenzzuweisung bei der sozialen Gerechtigkeit verloren hat, und an die Piraten.

Die rechten Parteien blieben auch in der Summe unter fünf Prozent. DIE NPD verlor, Pro NRW gewann gegenüber der Vorwahl jeweils leicht an Stimmen.

b) Abnehmende Repräsentationsfähigkeit des politischen Systems

Das politische System und seine Akteure, die Parteien und ihr Personal, haben im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre in Deutschland erheblich an lebensweltlicher Bedeutung verloren. Dieser Bedeutungsverlust drückt sich in sinkender Wahlbeteiligung und abnehmender Repräsentanz aus.

Die Zeiten, in denen sich die Wahlbeteiligung gleichmäßig über alle soziale Schichten verteilte, sind vorbei. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen Wahlenthaltung bei hohen Wahlbeteiligung erklärt werden konnte als eine Mischung aus Personen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, zufrieden sind oder die generell kein Interesse an Politik haben oder die aus „technischen“ Gründen (z.B. Krankheit, Abwesenheit) nicht wählen konnten.

Gewachsen sind, legt man empirische Befunde aus den vergangenen zehn Jahren zugrunde drei Gruppen:

- diejenigen, die der Auffassung sind, dass Politik und Wahlen (auf kommunaler, regionaler oder nationalstaatlicher Ebene) aufgrund ihrer Einbindung in globale wirtschaftliche Zusammenhänge keine Bedeutung haben;
- diejenigen, die vom aktuellen Zustand des parlamentarischen Politiksystems enttäuscht sind und sich daher von einer Beteiligung an Wahlen nichts versprechen;
- diejenigen, die sich durch keine Partei mehr vertreten sehen und aufgrund ihrer alltäglichen sozialen Erfahrungen zu der Auffassung gelangt sind, dass für ihre Belange ohnehin kein Platz mehr ist.

Abgenommen hat generell die Auffassung, wonach Wählen eine demokratische Pflicht ist, um für eine Legislaturperiode politische Entscheidungen zu ermöglichen. Gleichzeitig hat die Auffassung sich verbreitet, dass „die Politik“ doch nichts ändere bzw. lebensfremde Entscheidungen fälle.

Diese Tendenzen verteilen sich nicht (mehr), wie zuvor angenommen, nahezu gleichmäßig über alle Bevölkerungsschichten, sondern neben der generellen Abnahme der Wahlbeteiligung zeigt sich eine Klassenspaltung. Die Wahlenthaltung nimmt in den unteren sozialen Schichten deutlich stärker zu. In Bezirken mit überwiegend höheren Einkommensschichten liegt sie gelegentlich bereits um 25 Prozentpunkte und mehr über derjenigen in Bezirken mit

niedrigen Einkommen, hoher Arbeitslosigkeit und hohem Anteil an Sozialtransferbeziehenden.

Die Folge dieser Entwicklung ist ein enormer Qualitätsverlust der Demokratie. Bestimmte soziale Schichten werden kaum noch parlamentarisch repräsentiert. Weder sitzen originäre Repräsentanten im Parlament noch eine angemessene Zahl an „Stellvertretern“, also Angehörige anderer Schichten, an die per Stimmabgabe die eigene Sache delegiert wurde. Die Schicht der sehr schwer oder gar nicht mehr für Wahlen zu mobilisierenden Wahlberechtigten hat im vergangenen Jahrzehnt stark zugenommen. Der typische Weg führte von der SPD entweder direkt oder über den Umweg einmalige Wahl DIE LINKE zur sich verfestigenden Wahlenthaltung.

Gleichzeitig zugenommen hat die Schicht der vorübergehend wahlabstinenten, aber in anderen Formen politisch Engagierten, die sich für keine Partei entscheiden können und sich in Teilen von den Piraten angesprochen fühlen. Das Auftreten dieses neuen Akteurs führt aber nicht zu einer qualitativen Wende bei der Tendenz zur abnehmenden Repräsentation. Die Abnahme der Parteibindung erklärt aber, warum in schnelleren Rhythmen neue Parteien erfolgreich sein können. Mehr und mehr Wahlberechtigte, vor allem jüngere, sind auf der Suche nach passender Repräsentation.

Für das Maß an Repräsentation lassen sich zwei einfache Indikatoren anwenden:

- der Anteil der Wahlberechtigten, der im Parlament durch Parteien vertreten ist, und
- der Anteil der Wahlberechtigten, der von den Regierungsparteien vertreten wird.

Wie die nebenstehende Tabelle darlegt, waren zu den besten Zeiten des parlamentarisch-demokratischen Systems in Deutschland (1972 bis 1976) 89,5% der Wahlberechtigten im Bundestag repräsentiert und 49% in der Regierung. Ähnliche Werte gab es auch noch in den 80er Jahren.

In den 90er Jahren bis in die Anfänge dieses Jahrhunderts, waren mit abnehmender Tendenz etwa drei Viertel der Wahlberechtigten im Parlament und knapp zwei Fünftel in der Regierung repräsentiert. Noch die CDU-SPD-Regierung 2005 bis 2009 vertrat mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten.

Die gegenwärtige Regierung vertritt lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten, zwei Drittel sind im Parlament vertreten. Gemessen an den Landesregierungen und –parlamenten, sind dies hohe Zahlen. In den Ländern wurden zuletzt, im Durchschnitt, gut die Hälfte der Wahlberechtigten parlamentarisch repräsentiert und knapp 30% der Wahlberechtigten hatten den Regierungsparteien ihre Stimme gegeben.

Tabelle: Anteil der Wahlberechtigten, die repräsentiert sind in...

	Parlament	Regierung
<i>NRW 2012</i>	54,7%	29,7%
<i>SH 2012</i>	53,8%	28,5%
SL 2012	57,0%	39,7%
BE 2011	53,2%	30,5%
MV 2011	45,4%	29,1%
HB 2011	48,7%	32,8%
BW 2011	59,9%	30,9%
RP 2011	52,3%	30,9%
ST 2011	42,4%	27,0%
HH 2011	52,5%	26,9%
NRW 2010	54,7%	27,3%
BTW 2009	65,6%	33,7%
BB 2009	60,6%	39,3%
SN 2009	47,7%	25,7%
SH 2009	68,2%	33,5%
TH 2009	50,2%	27,5%
SL 2009	63,4%	32,9%
HE 2009	57,0%	31,6%
BY 2008	51,0%	29,2%
NI 2008	54,0%	28,5%
BTW 2005	73,4%	53,1%
BTW 2002	72,6%	36,8%
BTW 1998	76,4%	38,6%
BTW 1994	75,1%	37,7%
BTW 1983	87,9%	49,2%
BTW 1972	89,5%	49,0%
BTW 1961	79,5%	48,9%

Quelle: Eigene Berechnungen – Horst Kahrs

Minderheitsregierungen sind eine parlamentarische Normalität geworden. Daraus resultiert eine wachsende Instabilität des Parteiensystems mit starken Tendenzen zum Formwandel, der sowohl demokratische Verfahren, z.B. Ausbau direktdemokratischer Elemente, betrifft als auch Fragen der Parteienfinanzierung oder der „Medialisierung“ von Politik.

c) Berg- und Talfahrt von Parteien – kein Novum der LINKEN

Bereits in der Wahlkampfberichterstattung zur Berlin-Wahl 2011 setzten wir uns in einem Abschnitt mit der Überschrift „Totgesagte leben länger – manchmal lange“ mit der Berg- und Talfahrt von Parteien auseinander³.

Wir stellten damals dar, dass sich Patrick Horst in einem Beitrag für die ZParl⁴ mit dem Auf- und Abstieg von FDP und Grünen befasste und im Rahmen seiner Betrachtungen zu sechs Schlussfolgerungen⁵ kommt, von denen zwei auch auf DIE LINKE angewendet werden können:

- (1) Niederlagenserien, die in der Geschichte sowohl der FDP als auch der Grünen vorzufinden sind, bedeuten nicht zwangsläufig das Ende der jeweiligen Partei, sondern sind vielmehr die Schattenseiten der, den Niederlagen vorhergehenden, Serien großer Wahlerfolge. Der Volksmund kennt dafür den Begriff „Wer hoch steigt, wird tief fallen“.
- (2) Bei der Betrachtung von Niederlagen sind die vorhandenen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. So wie die Grünen und die FDP im Osten aufgrund parteipolitisch amorpher Verankerung kein Abonnement auf Mitgliedschaft im Landtag haben, kann auch DIE LINKE beim bisherigen Stand ihres Parteaufbaus und ihrer lokalen, z.B. in Kommunalmandaten ausgedrückten Verankerung, nicht davon ausgehen, jedes westdeutsche Landesparlament wieder erobern zu können. Das ist „*zwar durchaus unerfreulich und weist auch auf ein strategisches Versagen der Partei in der Vereinigungspolitik hin*“⁶, ist jedoch keineswegs mit dem Niedergang der Partei selbst gleichzusetzen. Dafür mag es möglicherweise Indizien geben, doch ist das Ausscheiden aus ein oder zwei Landtagen dafür weder ein hinreichendes noch ein ausreichendes Kriterium.

In nachfolgender Tabelle sind alle 89 seit 1990, einschließlich der am 6. Mai 2012 in Schleswig-Holstein stattgefundenen Landtagswahlen aufgeführt. Daraus lässt sich ablesen, dass die Grünen bei 71 Landtagswahlen über 5% der Stimmen erreichten und eine Landtagsfraktion stellen konnten. Die Liberalen konnten bei 52 von 88 Landtagswahlen auf ein Ergebnis von mehr als 5% verweisen und DIE LINKE, in der Nachfolge der PDS, konnte immerhin 44 der 89 Landtagswahlen erfolgreich bestreiten – und dies obwohl sie bis 2006 allein auf das Elektorat in Ostdeutschland angewiesen war, da erst mit der WASG-Fusion zur LINKEN das Elektorat in den weiteren elf westdeutschen Ländern für eine Partei links neben der SPD erschlossen werden konnte.

Deshalb noch einmal: Der Verlust von Landtagsfraktionen, insbesondere wenn es sich dabei um einen Trend und kein Solitär handelt, ist deutliches Zeichen einer Krise der jeweiligen Partei-Formation. Jede Partei ist deshalb gut beraten, diese Krisensymptome ernst zu nehmen und gegenzusteuern. Das Totenglöckchen muss deshalb noch lange nicht klingeln. Wird der Kurswechsel freilich vermieden, ist ein Schiffbruch hochwahrscheinlich.

³ Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlkampfbericht und erste Analyse, S. 15 – <http://http://wahlanalysen.wordpress.com/>

⁴ Patrick Horst 2001, Totgesagte leben länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: ZParl, Heft 4, S. 841-860.

⁵ Horst 2001, S. 850.

⁶ Horst 2001, S. 851.

Tabelle: Landtagswahlergebnisse von FDP, Grünen, PDS/LINKE seit 1990 (Ergebnisse in %)

Land	Wahljahr	FDP		Grüne		PDS/LINKE	
		LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis
BW	2011	Ja	5,3	Ja	24,2	-	2,8
	2006	Ja	10,7	Ja	11,7	-	3,1
	2001	Ja	8,1	Ja	7,7	-	
	1996	Ja	9,6	Ja	12,1	-	
	1992	Ja	5,9	Ja	9,5	-	
BY	2008	Ja	8,0	Ja	9,4	-	4,4
	2003	-	2,6	Ja	7,7	-	
	1998	-	1,7	Ja	5,7	-	
	1994	-	2,8	Ja	6,1	-	
	1990	Ja	5,2	Ja	6,4		
BE	2011	-	1,8	Ja	17,6	Ja	11,7
	2006	Ja	7,6	Ja	13,1	Ja	13,3
	2001	Ja	9,9	Ja	9,1	Ja	22,6
	1999	-	2,2	Ja	9,9	Ja	17,7
	1995	-	2,5	Ja	13,2	Ja	14,6
	1990	Ja	7,1	Ja	9,4	Ja	9,2
BB	2009	Ja	7,2	Ja	5,6	Ja	27,2
	2004	-	3,3	-	3,6	Ja	28,0
	1999	-	1,9	-	1,9	Ja	23,3
	1994	-	2,2	-	2,9	Ja	18,7
	1990	Ja	6,6	Ja	9,3	Ja	13,4
HB	2011	-	2,4	Ja	22,6	Ja	5,8
	2007	Ja	6,0	Ja	16,5	Ja	8,4
	2003	-	4,2	Ja	12,8	-	1,7
	1999	-	2,5	Ja	9,0	-	2,9
	1995	-	3,4	Ja	13,1	-	2,4
	1991	Ja	9,5	Ja	11,4	-	
HH	2011	Ja	6,6	Ja	11,2	Ja	6,4
	2008	-	4,8	Ja	9,6	Ja	6,4
	2004	-	2,8	Ja	12,3	-	
	2001	Ja	5,1	Ja	8,5	-	
	1997	-	3,5	Ja	13,9	-	
	1993	-	4,2	Ja	13,5	-	
	1991	Ja	5,4	Ja	7,2	-	
HE	2009	Ja	16,2	Ja	13,7	Ja	5,4
	2008	Ja	9,4	Ja	7,5	Ja	5,1
	2003	Ja	7,9	Ja	10,1	-	
	1999	Ja	5,1	Ja	7,2	-	
	1995	Ja	7,4	Ja	11,2	-	
	1991	Ja	7,4	Ja	8,8	-	
MV	2011	-	2,8	Ja	8,7	Ja	18,4
	2006	Ja	9,6	-	3,4	Ja	16,8
	2002	-	4,7	-	2,6	Ja	16,4
	1998	-	1,6	-	2,7	Ja	24,4
	1994	-	3,8	-	3,7	Ja	22,7
	1990	Ja	5,5	Ja	9,3	Ja	15,7

Tabelle: Landtagswahlergebnisse von FDP, Grünen, PDS/LINKE seit 1990 (Fortsetzung)

Land	Wahljahr	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis
NI	2008	Ja	8,2	Ja	8,0	Ja	7,1
	2003	Ja	8,1	Ja	7,6	-	
	1998	-	4,9	Ja	7,0	-	
	1994	-	4,4	Ja	7,4	-	
	1990	Ja	6,0	Ja	5,5	-	
NW	2010	Ja	6,7	Ja	12,1	Ja	5,6
	2005	Ja	6,2	Ja	6,2	-	3,1
	2000	Ja	9,8	Ja	7,1	-	1,1
	1995	-	4,0	Ja	10,0	-	
	1990	Ja	5,8	Ja	5,0	-	
RP	2011	-	4,2	Ja	15,4	-	3,0
	2006	Ja	8,0	-	4,6	-	2,6
	2001	Ja	7,8	Ja	5,2	-	
	1996	Ja	8,9	Ja	6,9	-	
	1991	Ja	6,9	Ja	6,5	-	
SL	2012	-	1,2	Ja	5,0	Ja	16,1
	2009	Ja	9,2	Ja	5,9	Ja	21,3
	2004	Ja	5,2	Ja	5,6	-	2,3
	1999	-	2,6	-	3,2	-	
	1994	-	2,1	Ja	5,5	-	
	1990	Ja	5,6	-	2,6	-	
SN	2009	Ja	10,0	Ja	6,4	Ja	20,6
	2004	Ja	5,9	Ja	5,1	Ja	23,6
	1999	-	1,1	-	2,1	Ja	22,2
	1994	-	1,7	-	4,1	Ja	16,5
	1990	Ja	5,3	Ja	5,6	Ja	10,2
ST	2011	-	3,8	Ja	7,1	Ja	23,7
	2006	Ja	6,7	-	3,6	Ja	24,1
	2002	Ja	13,3	-	2,0	Ja	20,4
	1998	-	4,2	-	3,2	Ja	19,6
	1994	-	3,6	Ja	5,1	Ja	19,9
	1990	Ja	14,6	Ja	5,3	Ja	12,0
SH	2012	Ja	8,2	Ja	13,2	-	2,2
	2009	Ja	14,9	Ja	12,4	Ja	6,0
	2005	Ja	6,6	Ja	6,2	-	
	2000	Ja	7,6	Ja	6,2	-	1,4
	1996	Ja	5,7	Ja	8,1	-	
	1992	Ja	5,6	Ja	5,0	-	
TH	2009	Ja	7,6	Ja	6,2	Ja	27,4
	2004	-	3,6	-	4,5	Ja	26,1
	1999	-	1,1	-	1,9	Ja	21,4
	1994	-	3,2	-	4,5	Ja	16,6
	1990	Ja	9,3	Ja	7,2	Ja	9,7

Quelle: Eigene Zusammenstellung – B.-I.Hoff

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Nordrhein-Westfalen

a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012

Über einen langen Zeitraum galt es aufgrund der mehrere Jahrzehnte währenden sozialdemokratischen Dominanz einerseits und den Wirkungen der NRW-Wahlen auf die Bundespolitik andererseits als ausgemacht, dass NRW ein „Stammland der Sozialdemokratie“ und Wahlen in NRW „kleine Bundestagswahlen“⁷ seien.

Während hinsichtlich der Sozial- und Raumstruktur das Land Nordrhein-Westfalen durchaus als kleine Abbildung der Bundesrepublik gesehen und daher das Ausmaß an Wählerstabilität, Wählerfluktuation sowie die Richtung von Wahlentscheidungen als exemplarisch und repräsentativ für die ganze Republik gedeutet werden können, hat die Wahl- und Parteienforschung den Vorstellungen eines „roten NRW“ zwischenzeitlich nachhaltig widersprochen.⁸

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947 bis 2010 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		Grüne		DIE LINKE		Sonstige in %
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1947	67,3	32,0	64	37,6	92	5,9	12	-	-	-	-	KPD 14,0 Zentrum 9,8
1950	72,3	32,3	68	36,9	93	12,1	26	-	-	-	-	KPD 5,5 Zentrum 7,5
1954	72,6	34,5	76	41,3	90	11,5	25	-	-	-	-	Zentrum 4,0
1958	76,6	39,2	81	50,5	104	7,1	15	-	-	-	-	
1962	73,4	43,4	90	46,4	96	6,8	14	-	-	-	-	
1966	76,5	49,5	99	42,8	86	7,4	15	-	-	-	-	
1970	73,5	46,1	94	46,3	95	5,5	11	-	-	-	-	
1975	86,1	45,1	91	47,1	95	6,7	14	-	-	-	-	
1980	80,0	48,4	106	43,2	95	4,9	-	3,0	-	-	-	
1985	75,2	52,1	125	36,5	88	6,0	14	4,6	-	-	-	
1990	71,8	50,0	123	36,7	90	5,8	14	5,0	12	-	-	
1995	64,0	46,0	108	37,7	89	4,0	-	10,0	24	-	-	
2000	56,7	42,8	102	37,0	88	9,8	24	7,1	17	1,1	-	
2005	63,0	37,1	74	44,8	89	6,2	12	6,2	12	0,9	-	
2010	59,3	34,5	67	34,6	67	6,7	13	12,1	23	5,6	11	

Quelle: www.wahlrecht.de/ergebnisse/nordrhein-westfalen.htm / Eigene Darstellung

Die Vorstellung von NRW als sozialdemokratischer Hochburg, als Pendant zum schwarzen Süden speist sich insbesondere aus „einem kognitiven Bedürfnis nach Gegengewichten“,

⁷ Vgl. „Das große Zittern vor der kleinen Bundestagswahl“, BILD vom 08.05.2010; „Eine kleine Bundestagswahl an Rhein und Ruhr“, Hamburger Abendblatt vom 08.05.2010; „Die kleine Bundestagswahl?“, RP-online vom 08.05.2010 aber auch Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann 2001, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für rot-grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1/2001, S. 124 m.w.N.

⁸ Vgl. Uwe Kranenpohl 2008, Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 315-339; Karl-Rudolf Korte / Martin Florack / Timo Grunden 2006, Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006, Wiesbaden, S. 39ff.

also der Vorstellung, dass dem CSU-dominierten Bayern ein rotes NRW entgegenzustellen sei, auch wenn es de facto kein gleichwertiges Gegengewicht darstellte.⁹

Sieht man einmal davon ab, dass der Machtverlust in NRW nur drei Jahre später der Verlust der bayerischen Alleinregierung folgte, war nie ganz NRW sozialdemokratisch, sondern die Machtbasis der SPD lag lange Zeit im Ruhrgebiet – dort, wo Willy Brandt einmal bezogen auf Dortmund die „Herzkammer der SPD“ vermutete.

Das Münsterland, der Niederrhein oder Ostwestfalen, also die ländlich geprägten Regionen, waren gleichwohl stets nahezu uneinnehmbare Hochburgen der Union. Und auch im Ruhrgebiet wurde die sozialdemokratische Orientierung keineswegs historisch mit der Muttermilch aufgesogen. Vielmehr dominierte dort ein katholisches Arbeiterbewusstsein und die SPD musste sich in den 50er und 60er Jahren ihre Vormacht hart erarbeiten.

Kranenpohl und Korte et al unterteilen die Entwicklung des nordrhein-westfälischen Parteiensystems, anhand der Merkmale Fragmentierung, Asymmetrie und Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien, in vier Phasen, die im Wesentlichen übereinstimmen.¹⁰

Die Gründungs- und Konsolidierungsphase (1947 bis 1962)

Diese Phase war geprägt durch eine deutliche Abnahme der Fragmentierung und eine beträchtliche Zunahme der Wähler/-innenbindung an die beiden Großparteien CDU und SPD. Die Union konnte davon profitieren, dass es ihr gelang, über das Milieu des katholischen Zentrums hinaus, die in Süd- und Ostwestfalen dominierenden Protestanten sowie kirchenferne Katholiken zu gewinnen. Die CDU war dadurch bis in die Mitte der sechziger Jahre die stärkste politische Kraft im Land Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen 1958 erreichte sie mit 50,5% der Stimmen das erste (und einzige) Mal eine absolute Mehrheit im Parlament. Damit war in NRW die Herausbildung eines bürgerlich-katholischen Lagers abgeschlossen, nachdem zwei Jahre zuvor die beiden Koalitionsparteien der CDU – Zentrum und FDP – den langjährigen Ministerpräsidenten Karl Arnold gestürzt und erstmals einen Sozialdemokraten (Fritz Steinhoff) zum Regierungschef gewählt hatten. Die FDP wurde darüber zur Oppositionspartei, das Zentrum verschwand von der Bühne des Landtages.

Aus diesen Zahlen eine besondere Schwäche der SPD abzuleiten geht jedoch fehl. Denn auch wenn die CDU in den ersten Jahren der Existenz des noch jungen Landes NRW dominierte, so konnte die SPD ihrerseits weit über das alte linke Lager der Weimarer Republik hinaus Wähler/-innen an sich binden. Sie war also nicht schwach, sondern stark – aber nicht stärker als die CDU.¹¹

Die Konkurrenz- bzw. Polarisierungsphase (1962 bis 1980)

Die Dominanz der Union war von kurzer Dauer. Während sie unter den Verschleißerscheinungen der christlich-liberalen Koalition in Bonn litt, konnte die SPD von ihrem Wandel zur Volkspartei und der damit einhergehenden Öffnung gegenüber den Kirchen profitieren.

Auf der Basis ihres Godesberger Programms gelangen der SPD erhebliche Einbrüche in die Wählerschaft der CDU. Bei der Landtagswahl 1966 wurde die SPD mit 49,5% erstmals stärkste Kraft im Lande. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten dabei die Auseinandersetzungen um die Kohlepolitik der Regierung Ludwig Erhards. Allerdings konnte die CDU zunächst eine Koalitionsregierung mit der FDP bilden, diese zerbrach aber bereits nach wenigen Monaten. Obwohl von der SPD-Führung zunächst die Bildung einer Großen Koalition nach dem Vorbild des Bundes erwogen wurde, stimmte eine deutliche Mehrheit der SPD-

⁹ Korte et al, S. 40.

¹⁰ Kranenpohl setzt den Zeitraum der SPD-Hegemonie zwischen 1985 und 2000 an, während diese bei Korte et al bereits mit der knapp errungenen SPD-Alleinregierung 1980 beginnt und bereits 1995 mit dem Eintritt der Grünen in die Landesregierung endet. Diese Sichtweise wird auch in der vorliegenden Darstellung vertreten.

¹¹ Kranenpohl, S. 316 sowie Korte et al, S. 47ff.

Fraktion für eine Koalition mit der FDP. Im Dezember 1966 wählte der Landtag die erste sozialliberale Koalition unter Ministerpräsident Kühn.

Doch auch wenn die Dominanz der Union gebrochen war, konnte von einer sozialdemokratischen Hegemonie nicht die Rede sein. Beide Volksparteien lieferten sich bis in die 80er Jahre ein Kopf an Kopf-Rennen. CDU und SPD lagen mit jeweils über 45% der Stimmen nahe beieinander. Die CDU wurde bei den Landtagswahlen in den 70er Jahren – wenn auch nur knapp mit 0,2% (1970) und 2% (1975) – stärkste Partei.

Beide Parteien banden gemeinsam über 90% der Wähler/-innen und verharrten in einem „strukturellen Patt“. Die FDP ihrerseits, als dritte im Landtag vertretene Partei, entschied durch ihre Koalitionspräferenzen, dass die SPD ab 1966 endlich Regierungsverantwortung übernehmen konnte.¹²

Die Hegemonie der SPD (1980 bis 1995)

Erstmals wieder 1980 erreichte die SPD mit Johannes Rau mehr als 5%-Punkte Vorsprung vor der Union. Da die FDP knapp an der 5%-Hürde scheiterte, endete die sozialliberale Ära in NRW. Mit 48,4% erreichte die SPD zwar ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in NRW, doch erst in den folgenden 80er Jahren konnte sie diejenige Hegemonie aufweisen, die sich in der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Johannes Rau einerseits und der Identifikation mit der SPD als der authentischen „Wir in NRW“-Partei andererseits ausdrückte.

Die absolute Mehrheit der Landtagssitze verteidigte sie bei den beiden darauf folgenden Landtagswahlen und erreichte sogar jeweils die absolute Mehrheit der Stimmen. In den achtziger Jahren mobilisierte die SPD jeweils über 4,6 Millionen Wählerinnen und Wähler, 1985 sogar über 4,9 Millionen Stimmen.

Dennoch basierte die sozialdemokratische Hegemonie nicht allein auf eigener Stärke. Die Sozialdemokraten profitierten insbesondere von der Schwäche der Union und von einer wieder zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems.¹³

Jenseits von schwarz-roter Dominanz (seit 1995)

Mit der Landtagswahl 1995 begann, parallel zu den akuten De-Industrialisierungsprozessen an Rhein und Ruhr, die Demobilisierung der sozialdemokratischen Wählerschaft. Die SPD erreichte nur noch gut 3,8 Millionen Stimmen, die Wahlbeteiligung sank von knapp 72% auf 64%. Die Ära der sozialdemokratischen Alleinregierungen war beendet. Die SPD büßte mit der Wahl vom 14. Mai 1995 ihre absolute Mehrheit ein und war gezwungen, mit den Grünen, die 10% erreichten, ein Regierungsbündnis einzugehen. Es begann die rot-grüne Dekade.

Doch nicht nur das Wachstum der Grünen trug zur Schwächung der NRW-SPD bei. Stärker noch unterspülte der ökonomische Strukturwandel die maßgeblich über die Gewerkschaften vermittelte vorpolitische Verankerung der Partei. Zwischen 1970 und 2002 sank in NRW die Anzahl der Beschäftigten im Produktionssektor um 40%, die DGB-Gewerkschaften verloren zwischen 1993 und 2005 ca. 665.000 Mitglieder. Die Mobilisierung der traditionellen Stammwählerschaft und die Integration heterogener Mittelschichten, lange Zeit Machtvooraussetzung der SPD, gingen so verloren.

„Heute hat die CDU in ihrem größten Landesverband mit rund 165.000 Mitgliedern gut 30.000 Mitglieder mehr als die SPD. Und die Sozialdemokraten mussten zudem gerade im vergangenen Jahr einige herbe Niederlagen einstecken: Bei den Kommunalwahlen erreichten sie mit 29,4 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis, bei der Bundestagswahl lagen

¹² Kranenpohl, S. 316f. sowie Korte et al, S. 51f.

¹³ Kranenpohl, S. 317 sowie Korte et al, S. 52f.

sie zwar über dem deutschen Schnitt, erreichten in Nordrhein-Westfalen aber auch nur noch 28,5 Prozent.“¹⁴

Von dieser Schwäche profitierte zwar phasenweise die CDU, der es insbesondere 2005 gelang, als Arbeiterpartei und Partei mit sozialer Kompetenz wahrgenommen zu werden. Erdbebenartige Verschiebungen zugunsten der Union entstanden dadurch aber nicht. Zwischen Mitte der siebziger und Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte die Rhein-Ruhr-CDU 1,4 Millionen von 4,8 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren und verlor bei den Wahlen 1995 und 2000 nochmals 300.000-400.000 Stimmen.

Trotz weiterer sozialdemokratischer Stimmenverluste konnte sich die rot-grüne Regierung, nun mit Wolfgang Clement als Ministerpräsident, bei den Landtagswahlen 2000 behaupten. Gegenüber dem Höchststand 1985 hatte die SPD zur Jahrtausendwende 1,8 Millionen von 4,9 Millionen Stimmen verloren. Auch die Grünen verloren etwa ein Drittel ihrer Wählerschaft. Eine Wechselstimmung im Land war dennoch nicht zu erkennen, vielmehr dominierte die politische Abstinz. Die Wahlbeteiligung sank auf den bisher niedrigsten Stand bei Landtagswahlen in NRW, auf 56,7%.¹⁵

Der Regierungswechsel zu Rüttgers 2005 verdankte sich weniger den nochmaligen, relativ geringen Stimmenverlusten der SPD, sondern die Fähigkeit der CDU, etwa 1 Million Wähler/-innen hinzuzugewinnen – die Wahlbeteiligung war auf 63% gestiegen. Die schwarz-gelbe Landesregierung entstand auf dem Feld des Überdrusses an sozialdemokratischer Regierungstätigkeit. Wahlenthaltung war in Abwahl umgeschlagen.¹⁶

Dennoch werden Wahlergebnisse über 40% für CDU oder SPD die Ausnahme bleiben, wie der Urnengang vom 09. Mai 2010 zeigte.¹⁷ Vielmehr entsteht eine gewisse Egalisierung zwischen den großen und den kleinen Parteien, bei weiterhin erheblichem Abstand zwischen SPD und CDU einerseits und den zwei bis vier Parteien, bestehend aus FDP, Grünen, Piraten und LINKEN andererseits, von denen nicht alle im Landtag vertreten sein müssen, die jedoch über Bundestags- und Europawahlen sowie eingeschränkt bei Kommunalwahlen am Parteienwettbewerb teilnehmen werden.

Die rot-grüne Minderheitsregierung unter Hannelore Kraft

Minderheitsregierungen sind, anders als insbesondere in den skandinavischen Ländern, in Deutschland untypische Regierungskonstellationen und so ist in den rund 65 Jahren deutschen Länderparlamentarismus der Nachkriegszeit auch erst zu zehn Minderheitsregierungen gekommen, von denen nur eine einzige, die Regierung Höppner (SPD) in Sachsen-Anhalt, über zwei Wahlperioden im Amt war.¹⁸

Für die Deutschen ist, wie Switek darlegt, „(Regierungs-)Stabilität ein hohes Gut, weshalb die Parteien einerseits nur ungern neue Experimente wagen und andererseits ‚wacklige‘ Konstruktionen, die ein ständiges Suchen nach Mehrheiten erfordern, von Medien und Wahlbevölkerung kritisch beäugt werden“.¹⁹

So überraschte es nicht, dass nach rund einem Monat erfolglosen Sondierungen, zumeist gemeinsam von SPD und Grünen mit anderen Parteien, aber phasenweise auch zwischen SPD und CDU, die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft zu resignieren begann und am

¹⁴ Rainer Burger 2010, Arbeit am Mythos der Anderen, in: <http://www.faz.net>.

¹⁵ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann 2001, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für Rot-Grün, in: ZParl Heft 1/2001, S. 124-145.

¹⁶ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann 2006, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai 2005: Schwarz-Gelb löst Rot-Grün ab, in: ZParl Heft 1/2006, S. 163-182.

¹⁷ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann 2010, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010: Vom Abwarten zur Kehrtwende, in: ZParl Heft 4/2010, S. 766-787.

¹⁸ Vgl. Timo Grunden 2011, Düsseldorf ist nicht Magdeburg – oder doch? Zu Stabilität und Handlungsfähigkeit der Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen, www.regierungsforschung.de, S. 2.

¹⁹ Niko Switek 2011, Wieder einmal Trendsetter? Koalitionstheoretische Annäherung an die Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen, www.regierungsforschung.de, S. 2.

12. Juni 2010 sowohl Neuwahlen als auch eine Minderheitsregierung ausschloss, um statt dessen eine geschäftsführende schwarz-gelbe Regierung aus der Opposition heraus unter Druck zu setzen.²⁰

Nachdem gegen diese Haltung jedoch sowohl die Grünen als landespolitischen Erwägungen und die SPD-Bundesspitze mit Blick auf die Überwindung der absoluten Mehrheit von schwarz-gelb im Bundesrat opponierten, schwenkte Frau Kraft fünf Tage später ein und erklärte, für ein Minderheitskabinett zur Verfügung zu stehen. Nur einen Tag später bot DIE LINKE an, bei Abstimmungen unterstützend zur Verfügung zu stehen und weitere drei Tage später begannen die Koalitionsverhandlungen, die am 6. Juli 2010 abgeschlossen wurden, so dass am 14. Juli des Jahres die Ministerpräsidentin Kraft im zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit unter Stimmenthaltung der LINKEN gewählt werden konnte.²¹

Nach Grunden setzen Minderheitsregierungen, wollen sie stabil handeln können, vier allgemeine Rahmenbedingungen voraus, von denen drei für NRW interessant sind:²²

- 1) Eine einigungsunfähige Opposition: Diese Bedingung war gegeben, denn die programmatischen Differenzen zwischen CDU und FDP einerseits sowie der LINKEN andererseits schlossen die Einigung auf eine alternative Regierungsmehrheit ebenso aus, wie punktuelle Abstimmungen in bedeutenden Fragen, die das Minderheitenkabinett gezwungen hätte, eine gegen sie gerichtete Agenda ausführen zu müssen.
- 2) Eine Policy-Zentrierung des Parteienwettbewerbs: Auch diese Voraussetzung war insofern erfüllt, als es rot-grün, zumindest für knapp die Hälfte der Wahlperiode, in wichtigen Fragen regelmäßig gelang einzelne Parteien aus dem Oppositionsblock herauszulösen und dadurch Mehrheiten zu erzeugen.
- 3) Eine starke Kohäsion des Regierungslager: Den regierungstragenden Parteien fehlte im Parlament nur eine einzige Stimme zur Mehrheit, woraus sich bereits eine vergleichsweise günstige Ausgangsposition für das Minderheitenkabinett ergab, das zudem durch ein vertrautes Verhältnis der Spitzenpolitiker/-innen geprägt wurde und in den notwendigerweise kontinuierlich zu eruiierenden Handlungsspielräumen auch nicht durch aufwendige Koalitionsverfahren eingeengt wurde.

Dem Kabinett Kraft standen damit Rahmenbedingungen zur Verfügung, die ein Regierungshandeln bis zum Ende der Wahlperiode denkbar gemacht hätten – das Scheitern am Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages, zur Frage der Zustimmungserfordernis zum Haushalt in der zweiten Lesung ist insofern ein unglückliches Ende dieses Lehrstücks in landesparlamentarischer Demokratie.

Von der Minderheitsregierung Höppner in Sachsen-Anhalt, bekannter als das Magdeburger-Modell,²³ unterschied sich die Regierung Kraft vor allem dadurch, dass sie stets auf eine Äquidistanz zu den drei Oppositionsparteien beharrte und nicht, wie Höppner, auf die Unterstützung durch eine Oppositionspartei orientierte. Einschränkend muss dazu gesagt werden, dass Höppner auch nicht die Auswahl zwischen drei potenziell unterstützungsbereiten Parteien zur Verfügung stand und darüber hinaus die Tolerierung durch die PDS eine Art Vorstufe der Regierungsbeteiligung war, die 1994 noch nicht denkbar gewesen wäre – vergleichbar mit NRW und der LINKEN 2010.

Darüber hinaus wurde durch Kraft/Löhrmann die Minderheitsregierung als eine Möglichkeit gesehen, aus der Not eine Tugend zu machen – ein Modellcharakter sollte diesem „Betriebsunfall“ verhinderter Mehrheitsbildung jedoch zu keinem Zeitpunkt zugestanden werden, weshalb eine Debatte darüber, ob NRW ein Vorbild für eine neue Spielart der Regierungsbil-

²⁰ Vgl. Feist/Hoffmann 2010, a.a.O., S. 785.

²¹ Vgl. Feist/Hoffmann 2010, ebd..

²² Grunden 2011, a.a.O., S. 3f.

²³ Vgl. Rüdiger Fikentscher 1999, Erfahrungen mit der PDS-tolerierten Minderheitskoalition in Sachsen-Anhalt 1994-1998, in: Roland Sturm/Sabine Kropp (Hrsg.), Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden. S.236-243.

dung im unüberschaubare werdenden Länderparlamentarismus sein könnte, weder von der Landesregierung noch den Landesparteien angestoßen oder geführt wurde.

Anzunehmen ist deshalb auch, dass im unwahrscheinlichen Fall, nach der Landtagswahl käme erneut keine mehrheitsfähige Regierungskonstellation zustande, die Bildung eines Minderheitenkabinetts als die schlechteste Lösung betrachtet und so weit wie möglich ausgeschlossen werden würde.

b) Das Wahlsystem in Nordrhein-Westfalen

Dass das Parteiensystem in NRW trotz der parteipolitischen und sozio-strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte noch als vergleichsweise gering fragmentiert zu bewerten war, lag insbesondere am Landeswahlrecht.

Es setzte hohe Hürden für die kleinen Parteien. Denn eine Partei, welche an der Verteilung der seit 2005 mindestens 181 Landtagsmandate teilnehmen wollte, musste nicht nur die 5%-Sperrklausel überwinden, sondern zuvor in den meisten der 128 (vorher 151 bzw. 150) Wahlkreisen Wahlvorschläge einreichen, für die jeweils 100 Stimmberechtigte als Unterstützer/-innen gewonnen werden mussten. Das parallel dazu geltende Einstimmenwahlrecht bot den Wähler/-innen zudem keine Option des Stimmensplittings.²⁴

Mit der Landtagswahl 2010 wurde nun erstmals das Zweistimmenwahlrecht eingeführt. Mit der Erststimme kann seitdem ein/e Wahlkreiskandidat/-in, mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei gewählt werden.

Traditionell hoch ist in NRW die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate. Diese ergeben sich wie folgt: *„Wegen des großen Wahlkreismandatsanteils (128 von 181 Sitzen) gewinnt die Mehrheitsfraktion sehr häufig mehr Wahlkreise als ihr auf Grundlage der eigentlich vorgesehenen Gesamtmandatszahl zustehen. Dies führt dazu, dass*

- 1. sich die Größe des Landtags aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten deutlich vergrößert,*
- 2. es bei der stimmenstärksten Partei keine sicheren Listenplätze gibt. Bei den vierzehn bisherigen Wahlen einschließlich der Landtagswahl 2005 zog die Liste der stärksten Partei bisher nur sieben Mal.“²⁵*

²⁴ Krankenhohl, S. 319.

²⁵ <http://www.wahlrecht.de/landtage/nordrhein-westfalen.htm>.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Seit der Landtagswahl 2010 wurden insgesamt achtunddreißig Umfragen veröffentlicht, in denen unter anderem die „Sonntagsfrage“ gestellt wurde, also welche Partei der oder die Befragte wählen würde, wenn am kommenden Sonntag Wahlen wären.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die Landtagswahl NRW seit der LTW 2010 (in %)

Institut	Zeitraum der Umfrage	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten
Info GmbH	03.05.-05.05.12	33	38	11	5	4	8
YouGov	27.04.-07.05.12	30	37	12	6	3,5	8,5
YouGov	24.04.-04.05.12	31	37	11	5	4	9
FGW	30.04.-03.05.12	31	38	11	6	3	8
Infratest dimap	01.05.-03.05.12	30	38,5	11	6	4	7,5
YouGov	20.04.-29.04.12	31	36	11	5	4	10
Forsa	23.04.-27.04.12	32	37	10	5	3	10
Emnid	23.04.-24.04.12	32	38	10	5	4	9
Infratest dimap	17.04.-19.04.12	31	39	11	4	3	9
FGW	17.04.-19.04.12	34	37	11	4	3	8
YouGov	05.04.-16.04.12	32	36	13	4	4	8
Info GmbH	04.04.-07.04.12	29	40	10	3	3	11
Infratest dimap	22.03.-24.03.12	32	40	12	4	3	5
Forsa	15.03.-17.03.12	33	39	11	4	4	6
FGW	14.03.-15.03.12	34	37	13	2	4	6
Infratest dimap	14.03.12	34	38	14	2	4	5
YouGov	02.03.-12.03.12	33	33	17	2	5	7
Infratest dimap	22.02.-23.02.12	35	35	17	2	3	5
YouGov	27.01.-06.02.12	33	31	15	3	6	7
YouGov	06.01.-16.01.12	31	33	17	3	5	8
YouGov	14.12.-21.12.11	31	34	15	4	6	7
YouGov	02.12.-12.12.11	31	34	15	4	6	7
YouGov	28.10.-07.11.11	30	31	18	3	5	9
Infratest dimap	11.10.-13.10.11	31	35	16	3	4	7
YouGov	k.A.	30	32	17	4	5	8
YouGov	08.09.-15.09.11	33	33	17	6	5	-
Emnid	29.07.-04.08.11	32	34	20	5	5	-
Forsa	01.07.-08.07.11	32	33	21	3	4	-
Infratest dimap	29.03.-31.03.11	34	30	24	4	4	2
Emnid	04.03.-10.03.11	35	35	14	5	5	-
Forsa	18.01.-28.01.11	35	34	17	4	4	-
Emnid	19.01.-25.01.11	36	36	15	4	4	-
YouGov	20.01.-24.01.11	24,7	30,6	14,1	5,5	8,6	1,3

Fortsetzung der Tabelle auf der kommenden Seite

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die LTW-NRW (Fortsetzung)

Institut	Zeitraum der Umfrage	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten
Infratest dimap	16.12.-18.12.10	32	36	18	4	5	-
Forsa	11.10.-15.10.10	31	35	19	3	5	-
Infratest dimap	06.07.-08.07.10	32	36	17	5	6	-
Emnid	k.A.	35	36	12	6	7	-
Emnid	17.05.-26.05.10	34	35	12	6	7	-
Mittelwert		32,1	35,4	14,4	4,2	4,5	7,3
LTW 2010	ERGEBNIS	34,6	34,5	12,1	6,7	5,6	1,6

Quelle: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nordrhein-westfalen.htm

b) Keine Wechselstimmung und Präferenz für rot-grün

Anders als in Schleswig-Holstein, wo ein prägendes Moment im Wahlkampf der spürbare Wechselwunsch der Wahlberechtigten darstellte, ist ein solches Bedürfnis in Nordrhein-Westfalen nicht zu erkennen gewesen.

Infratest dimap erfragte im April-LänderTREND die Wechselstimmung in der NRW-Wahlbevölkerung, die sich in ihrer Gesamtheit zu 52% für eine Fortsetzung von Rot-Grün aussprachen, während 41% der Befragten die Auffassung vertraten, dass es Zeit für einen Regierungswechsel sei..

Tabelle: Wechselstimmung in NRW – nach Parteianhänger/-innen (Angaben in %)

	April 2012	
	Zeit für einen Regierungswechsel	Rot-Grün soll weiterregieren
Gesamt	41	52
CDU-Anhänger/-innen	88	11
SPD-Anhänger/-innen	12	85
Grüne-Anhänger/-innen	16	84
Piraten-Anhänger/-innen	67	33

Quelle: Infratest dimap / Daten zu den Anhänger/-innen der LINKEN wurden nicht veröffentlicht

Dass die Anhänger/-innen der CDU, deren Partei mit Bundesminister Röttgen in den Wahlkampf zog, zu fast 90% die Meinung vertraten, dass ein Regierungswechsel erforderlich sei, überrascht nicht. Dass freilich auch die Piraten-Anhänger/-innen mit mehr als zwei Drittel der Befragten meinen, dass Rot-Grün abgelöst gehört, ist wiederum durchaus bemerkenswert.

Infratest-dimap hatte zugleich die Wechselstimmungsdaten vor der Wahl 2005, als rot-grün abgewählt wurde, und die der aktuellen Wahl miteinander verglichen. Darin wird der Unterschied zu 2005 und die vorhandene Zustimmung zu rot-grün 2012 deutlich.

Tabelle: Vergleich der Wechselstimmung 2005 / 2012 (Angaben in %)

Mai 2005		April 2012	
Zeit für Regierungswechsel	Rot-Grün soll weiter regieren	Zeit für Regierungswechsel	Rot-Grün soll weiter regieren
52	38	41	52

Quelle: Infratest dimap

Während sich im Mai 2005 mehr als die Hälfte der befragten Wahlberechtigten für einen Regierungswechsel aussprachen, verhält sich das Ergebnis 2012 fast spiegelverkehrt.

In den Persönlichkeitswerten der SPD-Ministerpräsidentin und ihres CDU-Herausforderers wird dies noch einmal verdeutlicht. Im ZDF-Politbarometer, erstellt von der Forschungsgruppe Wahlen, vom 04. Mai 2012 wollten 63% der Befragten lieber die Amtsinhaberin als Ministerpräsidentin als Norbert Röttgen (27%), 6% antworteten mit „weiß nicht“.²⁶

Die von Infratest dimap vorliegenden Daten unterstützen diese Aussage und die wachsende Kluft zwischen Herausforderer und Amtsinhaberin.

Tabelle: Direktwahl Ministerpräsident/-in im Zeitverlauf

Kandidat/-in	Apr. 2011	Okt. 2011	Feb. 2012	Mrz. 2012	Apr. 2012	Mai 2012
Hannelore Kraft	46	52	51	57	58	58
Norbert Röttgen	32	30	29	28	30	26

Quelle: Infratest dimap

Auch in dem von Infratest dimap ermittelten Profilvergleich schneidet Hannelore Kraft besser ab als Norbert Röttgen, der allein bei wirtschaftspolitischer Kompetenz vorn liegt.

Tabelle: Profilvergleich zwischen Kraft und Röttgen

Koalitionsoption	Hannelore Kraft	Norbert Röttgen
Stärkerer Einsatz für soziale Gerechtigkeit	62	12
Besser mit den Problemen der Bürger vertraut	62	13
Sympathischer	62	21
In der Öffentlichkeit die bessere Figur	60	22
Glaubwürdiger	52	19
Stärkere Führungspersönlichkeit	47	32
Versteht mehr von Haushalts- und Finanzpolitik	38	29
Größerer wirtschaftspolitischer Sachverstand	26	37

Quelle: Infratest dimap

Angesichts dieser Zahlen überrascht nicht, dass bei der Wahl der Koalitionspräferenzen SPD-geführte Bündnisse bessere Werte erreichen.

Tabelle: Koalitionspräferenz im Zeitverlauf der Vorwahlbefragungen

Koalitionsoption	September 2011	Februar 2012	April I 2012
SPD und Grüne (rot-grün)	32	28	25
CDU und SPD (Große Koalition)	17	22	16
CDU und FDP (schwarz-gelb)	7	9	12
CDU und Grüne (schwarz-grün)	9	6	4
CDU allein	3	2	6
SPD allein	3	1	4
SPD, Grüne und SSW	-	-	3
SPD und Piraten (rot-orange)	-	-	2
SPD, LINKE und Grüne (rot-rot-grün)	-	-	-

Quelle: Infratest dimap

Hinsichtlich der Koalitionspräferenz haben sich seit 2010 nur inkrementale Veränderungen ergeben. Eine deutliche Mehrheit befürwortet ein rot-grünes Bündnis. An zweiter Stelle steht die Zustimmung zur realistischen Alternative des Regierungswechsels, der Großen Koalition.

²⁶ http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?2012_05_04_Extra_NRW.

Tabelle: Bewertung von Koalitionsvarianten im Vergleich April 2010 / April 2012

Koalitionsoption	April 2010		April 2012	
	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
CDU und FDP (schwarz-gelb)	35	62	21	74
CDU und Grüne (schwarz-grün)	23	73	21	76
Große Koalition	39	57	46	52
SPD und Grüne (rot-grün)	47	49	51	46
SPD, LINKE und Grüne (rot-rot-grün)	17	79	-	-

Quelle: Infratest dimap

c) Die wichtigsten Probleme in NRW / Wahlentscheidende Themen

Befragt nach den wichtigsten Themen im Land benannten die betreffenden Wahlberechtigten wie bereits 2010 die Themen Bildung, Schule und Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt als zwei bedeutende Themenfelder. Wie bereits bei anderen Wahlen im vergangenen Jahr²⁷ und auch bei der Schleswig-Holstein-Wahl 2012 ist jedoch festzustellen, dass die Dringlichkeit dieser Schwerpunktsetzung sich um die Hälfte verringert hat. An Bedeutung fast um das Vierfache angestiegen ist hingegen die Bedeutung des Themas Haushaltslage/Verschuldung/Land+Kommunen/Schuldenbremse.

Tabelle: Wichtigste Probleme in NRW im Zeitverlauf der Vorwahlbefragungen (in %)

	Mai 2010	April 2012
Bildung / Schule / Ausbildung	64	33
Haushaltsslage / Verschuldung / Land+Kommunen / Schuldenbremse	7	27
Arbeitslosigkeit	48	22
Soziale Ungerechtigkeit	3	10
Kinderbetreuung	7	10
Wirtschaftliche Situation	13	8
Integration von Ausländern + Migranten	4	5

Quelle: Infratest dimap

Am Wahlabend veröffentlichten sowohl die FGW als auch Infratest dimap Angaben über die wahlentscheidenden Themen der Wähler/-innen in NRW. Die nachfolgende Tabelle erteilt darüber Auskunft.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen 2012 (in %)

Thema	FGW	Thema	Infratest dimap
Verschuldung / Haushalt	33	Wirtschaftspolitik	32
Schule / Bildung	31	Soziale Gerechtigkeit	31
Arbeitsplätze	23	Bildungspolitik	30
Familie	16	Arbeitsmarktpolitik	20
Verkehr	9		

Quelle: Infratest dimap

Diese Angaben differenzierte Infratest dimap im Hinblick auf die Parteien und einzelne Wähler/-innengruppen, wie z.B. die Abwanderer von der CDU oder die neuen Wähler/-innen von SPD und Piraten. Die nachfolgenden Tabellen geben über diese Daten Auskunft.

²⁷ Vgl. die Wahlnachtberichte der Wahlen aus dem Jahre 2011 unter <http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen 2012 nach Parteien und Wähler/-innengruppen (in %)

Thema	CDU-Wähler /-innen	Thema	CDU- Abwanderer
Wirtschaftspolitik	50	Wirtschaftspolitik	36
Finanzlage der Kommunen	23	Bildungspolitik	26
Bildungspolitik	21	Soziale Gerechtigkeit	23
Öffentliche Verschuldung	21	Öffentliche Verschuldung	22
Thema	SPD-Wähler /-innen	Thema	Neue SPD- Wähler/-innen
Soziale Gerechtigkeit	41	Soziale Gerechtigkeit	38
Bildungspolitik	35	Bildungspolitik	37
Wirtschaftspolitik	24	Wirtschaftspolitik	22
Arbeitsmarktpolitik	22	Umweltpolitik	22
Thema	PIRATEN- Wähler/-innen	Thema	Neue PIRATEN- Wähler/-innen
Soziale Gerechtigkeit	34	Soziale Gerechtigkeit	36
Bildungspolitik	27	Bildungspolitik	25
Netzpoltik	26	Netzpoltik	24
Wirtschaftspolitik	20	Wirtschaftspolitik	20
Thema	GRÜNEN- Wähler/-innen	Thema	FDP-Wähler/- innen
Umweltpolitik	54	Wirtschaftspolitik	58
Soziale Gerechtigkeit	41	Öffentliche Verschuldung	32
Bildungspolitik	39	Bildungspolitik	26
Energiepolitik	25	Finanzlage der Kommunen	22
Thema	LINKE-Wähler/- innen		
Soziale Gerechtigkeit	63		
Arbeitsmarktpolitik	27		
Bildungspolitik	25		
Wirtschaftspolitik	24		

Quelle: Infratest dimap

Desweiteren erfragte Infratest dimap, ob die Wahlentscheidung für die gewählte Partei aus Überzeugung oder aus Enttäuschung erfolgte. Die nachfolgende Tabelle stellt dieses Ergebnis dar.

d) Parteienkompetenzen

Infratest-dimap veröffentlichte im Rahmen seiner Vorwahlbefragungen die Parteikompetenzen der wichtigsten in NRW zur Wahl stehenden Parteien. Diese Daten werden den Vergleichsdaten aus 2010 gegenübergestellt.

Tabelle: Parteikompetenzen im Vergleich April 2010 und April 2012 (in %)

Partei \ Themen	CDU		SPD		FDP		Grüne		LINKE		Piraten		Keine Partei / Weiß nicht	
	`10	`12	`10	`12	`10	`12	`10	`12	`10	`12	`10	`12	`10	`12
Wirtschaft voranbringen	41	37	25	33	7	3	3	4	2	1	-	1	21	20
Gute Haushalts- und Finanzpolitik	39	29	26	25	6	3	3	2	2	1	-	1	23	20
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	33	34	28	39	6	1	4	3	2	2	-	1	26	38
Gute Schul- und Bildungspolitik	29	27	35	40	6	2	10	10	2	2	-	2	17	11
Gute Steuerpolitik betreiben	29	-	30	-	11	-	3	-	2	-	-	-	24	-
Finanznot der Kommunen lösen	28	-	20	-	5	-	3	-	2	-	-	-	41	-
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	23	-	44	-	4	-	7	-	5	-	-	-	17	-
Gute Energiepolitik betreiben	22	-	15	-	4	-	42	-	0	-	-	-	16	-
Für Einhaltung der Bürgerrechte sorgen	-	23	-	36	-	3	-	12	-	3	-	4	-	18
Die wichtigsten Probleme in NRW lösen	34	29	30	39	4	1	5	4	2	1	-	1	24	24

Quelle: Infratest dimap

Die SPD ist bei dieser Wahl stärker profiliert als die CDU, wie Infratest dimap zutreffend feststellt. Es gelingt ihr, sich in der allgemeinen Zukunftsfrage – wer kann die wichtigsten Lande-probleme am ehesten lösen von der CDU zu lösen und mit rund zehn Prozentpunkten Vorsprung auf Platz 1 zu liegen. Sie nimmt der CDU auch die Führung in der Kompetenz bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Anders als in Schleswig-Holstein verliert DIE LINKE weniger stark in den Kompetenzfeldern und ist konkurrenzfähig zu FDP und Piraten.

Tabelle: Welche Partei setzt sich am stärksten für die Städte im Ruhrgebiet ein? (in %)

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	PIRATEN	Keine Partei / Weiß nicht
Die...	10	33	0	3	2	0	50

Quelle: Infratest dimap

Das Ruhrgebiet nimmt infrastrukturell und im Hinblick auf die Einwohnerzahl eine bedeutende Position in NRW ein, weshalb Infratest dimap u.a. mit Blick auf die hohe Verschuldung der Ruhrgebietsstädte und der dort akkumulierten Problemlagen fragte, welche Partei sich am stärksten für diese Städte einsetze. Die Antwortmöglichkeit „Keine Partei/weiß nicht“ wählten 50% der Befragten, danach folgt mit 33% die SPD. Bei den kleineren Parteien liegen Grüne und LINKE mit 3% bzw. 2% nah beieinander.

e) Das Image der Parteien und die Zufriedenheit mit ihnen

Infratest dimap erhob auch bei dieser Wahl wieder Aussagen zu den einzelnen Parteien. Diese sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Aussagen zur LINKEN wurden nicht veröffentlicht.

Tabelle: Image der Parteien

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN
Kraft versteht, was die Menschen in NRW bewegt	74				
Kraft hat die SPD wieder zu ihren Wurzeln geführt	63				
Man weiß nicht, welche Politik sie in Berlin vertritt	64				
Hat mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben	61				
Röttgen ist in vielen Fragen Antworten schuldig geblieben		75			
Röttgen versteht nicht, was die Menschen in NRW bewegt		67			
Die CDU vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer		61			
Merkel hat in der Euro-Krise entschlossen gehandelt		61			
Sind nicht mehr so zerstritten wie früher			78		
Sollen weiterhin an der Regierung beteiligt bleiben			68		
Haben sich nicht deutlich genug von der SPD abgesetzt			55		
Das Wahlergebnis hat vor allem mit Christian Lindner zu tun				69	
Christian Lindner steht für eine neue und moderne FDP				58	
Wer Lindner und die FDP wählt, will die Partei insgesamt verändern				51	
Sind eine gute Alternative für Nichtwähler					70
Besser für Protestwähler als die Linkspartei					68
Haben zu vielen wichtigen Themen keine Position					85

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

f) Kein Regierungswechsel in NRW

Auch wenn ein möglicher Regierungswechsel auf Bundes- oder Landesebene nur selten so eindeutig wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2011 bereits im Vorfeld feststeht, lässt sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermesen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht.

Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und setzt diese, in Verbindung mit dem Indikator Wahlbeteiligung, ins Verhältnis zu den jeweils stattgefundenen Regierungskontinuitäten bzw. -wechseln. In den ersten drei Spalten werden, differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr, die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die vierte Spalte enthält den Wert der jeweiligen Wahlbeteiligung. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gebietskörperschaft dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht.

Wir differenzieren hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65	57,1			X	
RP	2006	60	58,2		X		
SL	2004	60	55,0			X	
BB	2009	59	67,0		X		
BW	2006	58	53,4			X	
SN	2009	58	52,2		X		
SN	2004	56	59,6			X	
MV	2011	51	52,0			X	
RP	2011	55	61,8				
HE	2003	55	64,3		X		
NI	2003	52	65,1			X	
HH	2008	49	63,5		X		
NI	2008	52	57,1			X	
HH	2008	49	63,5			X	
ST	2011	48	51,2			X	
HE	1999	48	61,0	X			
BY	2008	48	57,9		X		
HB	2003	48	61,3			X	
SH	2005	48	66,5	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
HB	2011	46	57,5			X	
SL	2009	43	67,6		X		
Bund	2009	43	70,8		X		
BW	2011	41	66,3	X			
TH	2004	41	53,8		X		
NW	2005	41	67,3	X			
TH	2009	40	56,2		X		
HH	2004	39	68,7	X			
HE	2009	39	61,0			X	
HB	2007	38	57,6	X			

BE	2006	38	58,0			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37	59,1		X		
ST	2006	36	44,4		X		
NW	2010	36	59,3	X			Minderheitsregierung
HE	2008	36	64,3	X			
BB	2004	35	56,4		X		
NI	2003	34	67,0	X			
SH	2009	29	73,6			X	Politisches Patt
Bund	2005	25	77,7	X			
SL	2012	23	61,1		X		

* Zufriedenheitswert = die Summe aus „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ / Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahIREPORT / eigene Zusammenstellung.

IV. Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Sondierungsgespräche in Schleswig-Holstein könnten das Regierungssystem in den Ländern um eine neue Konstellation bereichern, die sogenannte Schleswig-Holstein-Ampel. Diese Konstellation würde keinem der beiden großen Lager, rot-grün bzw. schwarz-gelb unmittelbar nützen, auch wenn die Loyalität des SSW zu rot-grüner Politik groß und damit die Quote der Enthaltungen bei bundespolitischen Unstimmigkeiten eher gering sein und die Konflikte sich vielmehr zwischen SPD und Grünen entscheiden dürften.

An den Mehrheitsverhältnissen ändert deshalb auch die NRW-Wahl nichts, da die SPD die Wahlen im Jahre 2011 nicht dazu nutzte, über rot-rot(-grün)e Koalitionen im Bundesrat eine eigene Gestaltungsmehrheit in Opposition zur Bundesregierung entstehen zu lassen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach dieser Landtagswahl

Land	Zahl	CDU- SPD Große Koalition	SPD- CDU	Union- FDP	SPD- Allein	SPD- Grüne Rot-grün	Grüne- SPD	Rot-Rot Andere	SH- Ampel Modelle
BW							6		
BY	6			6					
BE	4		4						
BB	4							4	
HB	3					3			
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3		3						
NI	6			6					
NW	6		?			6			
RP	4					4			
SL	3	3							
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4		?						4
TH	4	4							
Ge- samt	69	11	7	25	3	13	6		
		18				19		8	

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung²⁸

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Bei der Abfassung dieses Textes standen nur Zahlen von Infratest dimap über die Wanderungssalden zur Verfügung. Dabei werden Nettowanderungszahlen ausgewiesen, unklar bleibt daher, in welchem Ausmaß zum Beispiel bei einem Saldo von „Null“ trotzdem sich aufhebende Wählerwanderungen stattgefunden haben. Daher werden hier nur ausgewählte Aspekte der Wähler/-innenwanderung behandelt, eine ausführliche Darstellung folgt, sobald die vollständigen Zahlen verfügbar sind.

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die jeweiligen Zu- und Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind. Die Abgänge sind mit negativen Zahlenwerten gekennzeichnet (-). Da eine Partei mit sich selbst keine Wähler/-innenwanderung erzeugen kann, sind die jeweiligen Kästchen leer.

Tabelle: Wähler/-innenwanderung

	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	PIRATEN	Andere	Nichtw.
CDU		-190.000	0	-150.000	-20.000	-60.000	-20.000	-130.000
SPD	190.000		90.000	20.000	60.000	-90.000	-10.000	110.000
LINKE	0	-90.000		-10.000	-30.000	-80.000	-20.000	-20.000
FDP	150.000	-20.000	10.000		10.000	-40.000	0	20.000
Grüne	20.000	-60.000	30.000	-10.000		-80.000	-10.000	50.000
PIRATEN	60.000	90.000	80.000	40.000	80.000		40.000	70.000
Andere	20.000	10.000	20.000	0	10.000	-40.000		-40.000
Nichtw.	130.000	-110.000	20.000	-20.000	-50.000	-70.000	40.000	

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Die Wählerwanderung für die NRW-Wahl zeigt einige Besonderheiten. Bis auf die CDU und DIE LINKE (sowie die sonstigen Parteien) konnten alle Parteien im Saldo Nichtwähler hinzugewinnen, am stärksten Hannelore Kraft und ihre SPD.

Die SPD gewinnt von rechts (CDU) und von links (DIE LINKE) Stimmen. Die FDP wildert in bei der Röttgen-CDU.

In NRW verlieren, anders als in Schleswig-Holstein, die Parteien, die von den Wählerschaft dem linken Spektrum zugerechnet werden, am stärksten an die Piraten-Partei.

Die ehemalige Wählerschaft der LINKEN, auch dies anders als in vorhergehenden Wahlen, geht nur zum geringen Teil zur Wahlenthaltung und votiert mehrheitlich für anderen Politikstil (Piraten) oder für eine rotgrüne Landesregierung (SPD, Grüne).

²⁸ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

b) Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben. In der Tabelle werden jeweils zuerst die Daten von Infratest dimap und dann die Daten der Forschungsgruppe Wahlen ausgewiesen. Sollten Daten in der Tabelle fehlen, wurden diese durch die Institute nicht veröffentlicht.

Tabelle: Wer wählte wen?

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	LINKE
<i>Alle</i>						
Wahlentscheidung nach Geschlecht						
Frauen	40	27	13	8	6	2
Männer	38	24	11	9	10	3
Infratest dimap						
Frauen	40	26	14	8	6	3
Männer	36	25	11	9	11	4
FGW						
Wahlentscheidung nach Alter						
Erstwähler	28	15	19	6	17	3
18-24 Jahre	27	17	17	6	18	4
25-34 Jahre	29	21	14	9	16	4
35-44 Jahre	34	23	16	9	9	3
45-59 Jahre	42	21	15	8	7	3
60 und älter	44	34	6	9	3	2
Infratest dimap						
Unter 30 Jahre	29	18	16	7	16	4
30-44 Jahre	32	23	15	9	10	4
45-59 Jahre	41	22	14	7	8	4
Über 60 Jahre	44	34	6	10	3	2
FGW						
Wahlentscheidung nach Beruf und Tätigkeit						
Arbeiter	41	22	8	5	12	5
Angestellte	38	23	15	8	8	3
Selbständige	23	25	16	19	11	2
Rentner	46	33	6	9	3	1
Arbeitslose	34	16	11	4	16	10
Infratest dimap						
Arbeiter	43	21	9	5	11	5
Angestellte	39	24	14	8	7	3
Beamte	39	27	14	10	5	2
Selbständige	23	32	13	18	8	2
FGW						
Hauptschule	46	30	5	6	7	3
Realschule	40	26	9	7	9	3
Abitur	33	22	17	8	11	3
Hochschule	32	24	19	13	7	3
FGW						

Anlage A:

Wahlnachtbericht-Spezial: DIE LINKE nach den letzten Landtagswahlen und der NRW-Wahl

DIE LINKE ist binnen Wochenfrist erneut von den Wählerinnen und Wählern heftig abgewatscht und aus einem Landesparlament hinaus gewählt worden. Deutete sich bereits 2011 ein Abwärtstrend an, so ist DIE LINKE mit den Ergebnissen im Saarland (-5,1%), in Schleswig-Holstein (-3,8%) und nun in Nordrhein-Westfalen (-3,1%) in den westdeutschen Bundesländern deutlich ins Rutschen geraten.

DIE LINKE, deren Entstehung untrennbar mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 verbunden ist, verliert im bevölkerungsreichsten Bundesland ihre landesparlamentarische Repräsentanz. DIE LINKE in NRW erhält als weiterer Landesverband die Quidung für die Unterlassungssünden im Parteaufbau und die politische Aufstellung auf Bundesebene.

Obwohl es in NRW in Ansätzen gelang, die Fraktion und die Landespartei als eigenständige und aufeinander bezogene politische Zentren zu entwickeln, genügten diese ersten landespolitischen Erfahrungen nicht, um an das achtbare Ergebnis von 5,6% 2010 anzuknüpfen.

In nur 20 Monaten konnte weder die Landespartei mit ihrem stetigen Parteaufbau, noch engagierte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus der ganzen Partei, sowie sympathische Spitzenkandidatinnen und Landessprecherinnen (Katharina Schwabedissen, Hubertus Zebel, Bärbel Bauermann und Wolfgang Zimmermann) sich gegen den Bundestrend der LINKEN stemmen.

DIE LINKE verliert außer an die CDU an alle Parteien und an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Am meisten verliert sie an die SPD, an die sie auch die Kompetenzzuweisung bei der sozialen Gerechtigkeit verloren hat, und an die Piraten.

Die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen besitzt zudem eine hohe Symbolkraft, weil das Ergebnis von WASG und PDS aus dem Jahr 2005, das am Anfang der Parteigründung stand, noch unterboten wurde. Es wird daher allen Kommentatoren außerhalb und innerhalb der Partei, die das Ende des gemeinsamen Parteiprojektes bereits vor Augen haben, willkommen Anlass sein, eben dieses weiter heraufzubeschwören.

DIE LINKE: Die Wahlergebnisse in NRW

	BTW02	LTW05	BTW05	BTW09	LTW10	LTW12
Stimmen	125.446	254.977	529.967	789.814	435.627	194.539
% Wahlberechtigte	1,0%	1,9%	4,0%	5,9%	3,3%	1,5%
% Stimmen	1,2%	3,1%	5,2%	8,4%	5,6%	2,5%

A.I. Vielschichtige Ursachen

Die Gründe für die negativen Wahlergebnisse der Partei bei den letzten Wahlen sind vielschichtig und nicht auf einen Nenner zu bringen.

Regierung – Opposition? Die Ausgangslagen bei den Landtagswahlen waren so unterschiedlich, dass die Konstellation keine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Ob aus der Regierung oder Opposition heraus Wahlkampf gemacht wurde, ob mit dem Ziel des Regierens oder mit dem Ziel der konsequenten linken Opposition, spielte bei Landtagswahlen 2011-12 offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Hinzukommt, dass die Wahlen von Landesverbänden bestritten wurden, die zumindest innerparteilich als Vertreter unterschiedlicher politischer Linien wahrgenommen werden.

Offene Personalfragen? Die hohen Verluste 2012 könnten mit offenen Personalfragen oder mit der „Selbstbeschäftigung“ in Gestalt von „Personalquerelen“ erklärt werden. Sicher, offene Personalfragen tragen dazu bei, dass eine Partei einen zerstrittenen Eindruck hinterlässt. Aber nur dann, wenn innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Form von Perso-

naldebatten geführt werden und hinter der Personalisierung nicht mehr zu erkennen ist, um welche Lösung für welche Probleme welcher Wähler/-innenschichten dabei gestritten wird.

Für die Wahrnehmung einer Partei, die immer ihren pluralen Charakter als das qualitativ Neue gegenüber früheren linken Parteien herausgestellt hat, könnte die negative Besetzung von innerparteilichen Streits auch wie eine Abkehr vom Gründungsversprechen wirken. Wie auch immer, trotz dieser Situation gab es zeitgleich zu Schleswig-Holstein in bei den Kommunalwahlen in Thüringen einen deutlichen Vertrauensbeweis für die politische Alltagstauglichkeit der LINKEN.

Fehlende Parteistrukturen? Eine weitere Erklärung könnte in den fehlenden Parteistrukturen gesucht werden. In allen drei Ländern, in denen zuletzt gewählt wurde, waren die Parteistrukturen gegenüber der parlamentarischen Stärke auf der Landesebene unterentwickelt. Entsprechend hoch ist in einer solchen Situation die Abhängigkeit der Kommunikation einer Partei mit ihren Wählerinnen und Wählern von den Medien, von medienwirksamen Personen und den Fraktionen. In Nordrhein-Westfalen war bereits bei der Landeslistenaufstellung 2010 dieses Problem erkannt und auf einen starken Landesvorstand gegenüber der erwarteten Parlamentsfraktion gesetzt worden. So konnte es gelingen, im parlamentarischen Umgang mit der rotgrünen Minderheitsregierung politische Lernprozesse zu organisieren.

So konnte sich ansatzweise eine politische Linie herauschälen, die, wer wollte, auch wahrnehmen konnte. Pascal Beucker urteilte deshalb kurz vor der Wahl folgerichtig: *„Mit ihrem Grundsatz, keinen Sozialabbau, aber dafür alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen für abhängig Beschäftigte, Erwerbslose, Schüler, Studierende und Rentner verbessern, erreichten die vermeintlichen Sektierer mehr als die realpolitischen Landesverbände mit ihren Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Berlin.“*²⁹ Entscheidend ist hierbei nicht der rechnerische Wahrheitsgehalt, sondern der Hinweis, dass nach dem Maßstab „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ tatsächlich etwas erreicht wurde.

Wer hat davon erfahren? Bei der Antwort kommt der Stand des Parteaufbaus ins Spiel, für den, wie Katharina Schwabedissen anmerkte, bis zur Neuwahl nicht genügend Zeit zur Verfügung stand. Zu viele Kreisverbände zerstritten sich, zu viele Mandatsträger wechselten die Partei. Nordrhein-Westfalen bildete den Zustand des stockenden Parteaufbaus ab.

Vertane Möglichkeiten? Stockender Parteaufbau, mangelhafte innerparteiliche Debattenkultur, die nur „richtig“ oder „falsch“, „schwarz“ oder „weiß“ kennt, aber nicht die Grautöne des Lebens wahrhaben will, die mit dem Gründungsgeschenk der sozialen und politischen Vielfalt nichts anzufangen weiß, liegen in der Verantwortung der Parteiführung. An ihrem Vorbild, ihren offen debattierten und nachvollziehbaren Lösung von Konflikten und Problemen, verändern sich auch Haltung und Habitus in den Basisorganisationen – oder eben nicht. Die unterschiedlichen politischen und sozialen Erfahrungen und Sichtweisen auf die Probleme im Land, die in der neuen Partei zusammenfanden, wurden schon früh als Probleme mangelnder Geschlossenheit identifiziert und nicht als Chancen zur politischen Weiterentwicklung und sozialen Verankerung in möglichst vielen Alltagswelten. Der Wert einer pluralen Linken wurde bisher weder wirklich verstanden noch genutzt. Zusammen mit zurückgehenden Mitgliederzahlen – in Ost und West, aus unterschiedlichen Gründen – schrumpfte die Verankerung der Partei im Alltagsleben.

A.II. Erkenntnisse der Wahlstatistik

Politische Lernprozesse zu organisieren und Besserwisserei und Rechthaberei zu bekämpfen, sind notwendig, wenn die Lebensgrundlage der Partei, die soziale und politische Vielfalt gerettet werden soll. Denn die Wahlergebnisse zeigen, dass die Partei Wähler/-innen in unterschiedliche Richtungen verliert.

²⁹

Pascal Beucker, Links von der Currywurst; Jungle World 19, 10. Mai 2012.

Die Zustimmung bei Wahlberechtigten unter 45 Jahren ist zum Teil stark rückläufig. Hier ziehen die an den Erfahrungen mit dem traditionellen bundesdeutschen Sozialstaat ausgerichteten Themen vermutlich nicht mehr ausreichend, weil unter den Bedingungen eines auf Dauerkrise gerichteten prekarierten Arbeitsmarktes die Sozialsstaatsnormen nicht mehr als erreichbares Ziel gelten. Ihre Botschaft an die Partei könnte lauten: Nehmt mehr von unserer Sicht auf die Verhältnisse, unseren Zielen in eure politischen Themen auf.

Bei den letzten drei Wahlen zeigte sich auch, dass viele Wähler/-innen im Alter von 45-60 Jahren, die den Weg von der SPD zur Linken mitgegangen waren, die Partei nicht erneut wählten. Manche gingen zurück zur SPD, andere wurden Nichtwähler. Hier lautete die Botschaft dann: Ihr habt die verlorenen sozialstaatlichen Sicherheiten und über den Haufen geworfenen Lebensplanungen auch nicht retten können.

Es ist ein überdurchschnittlicher Rückgang bei Wähler/-innen mit mittlerer und niedriger formaler Bildung zu beobachten, bei Erwerbstätigen und hier bei Arbeiter/-innen. Möglicherweise handelt es sich hierbei um diejenigen Prekarierten des Arbeitsmarktes, über die eine Studie der Bertelsmann-Stiftung jüngst herausfand, dass sie deutlich seltener überhaupt zur Wahl gehen. Ihre Botschaft lautete dann: Ihr könnt auch nichts für uns erreichen.

Zuletzt kam ein deutlich überdurchschnittlicher Rückgang der Stimmenanteile unter Gewerkschaftern hinzu, was nicht an der Besetzung von gewerkschaftlichen Themen gelegen haben kann. Ihre Botschaft wäre eher so zu entziffern: Ihr könnt euren politischen Einfluss nicht geltend machen bzw. wollt es nicht.

Nach diesem Muster ließen sich aus den vorliegenden Wahlanalysen weitere Botschaften an die Partei herauslesen. Der Wähler ist der Souverän, er will den Parteien über seine Stimmabgabe einen Auftrag erteilen, eine Botschaft überbringen Sie alle würden nicht belegen, dass DIE LINKE nicht mehr gebraucht wird, sondern dass sie ihre Hausaufgaben machen und sich veränderten politischen und sozialen Umweltbedingungen anpassen muss. Die unterschiedlichen Richtungen, in die die Wähler sich abwandten, fordern auch dazu auf, die Komplexität der Verhältnisse anzunehmen. An einfache Lösungen und ihre Durchsetzbarkeit glauben offensichtlich nur noch wenige. Eine politische Grundansprache im Gestus eines „Wir haben verstanden!“ wäre die Grundvoraussetzung aller Schwerpunktsetzungen zur Bundestagswahl 2013.

Übersicht: Gewinne und Verluste in den Bevölkerungsgruppen

Überdurchschnittliche Verluste musste DIE LINKE bei den vergangenen Landtagswahlen – jeweils mit Ausnahmen – hinnehmen bei den 30-44jährigen männlichen Wählern, bei den Wählern und bei Wählerinnen unter 30 Jahren. In diesem Jahr kamen auffällig hohe Verluste in der Altersgruppe der 45-59jährigen Männer hinzu.

Überdurchschnittlich zurück gegangen sind die Stimmenanteile bei erwerbstätigen Personen mit mittlerer bzw. niedriger formaler Qualifikation, teilweise auch bei Arbeitslosen.

Ein wachsender politischer Funktionsverlust der Partei deutet sich in den überdurchschnittlichen Verlusten bei westdeutschen Gewerkschaftern, Arbeitern wie Angestellten, an.

Tabelle: DIE LINKE: Gewinne und Verluste in Bevölkerungsgruppen 2011-2012

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Ergebnis	-0,1	-0,4	0,4	-0,3	1,6	-1,7	-5,1	-3,8	
Geschlecht									
männlich	-1,2	-2,8	0,2	-0,3	2	-1	-6,2	-3,6	
weiblich	0,3	2,5	0,8	-0,5	2	-3	-3,1	-3,2	
Alter + Geschlecht (M= Mann / F= Frau)									
18-29 Jahre M	2,1	-2,3	1,1	-0,2	-1	-4	-5,3	-6,9	
18-29 Jahre F	0,9	-0,5	2,4	0,1	0	-5	-5,0	-3,4	
30-44 Jahre M	-2,0	-2,2	0,0	-0,3	0	-3	-10,4	-4,3	
30-44 Jahre F	0,5	-0,3	0,9	-1,1	0	-4	-6,5	-4,8	
45-59 Jahre M	-2,2	-4,5	-0,4	-1,1	2	-2	-6,6	-4,1	
45-59 Jahre F	0,5	4,3	0,5	-0,5	4	-3	-1,9	-4,2	
60 und älter M	-1,5	-3,3	0,7	0,1	-1	2	-4,3	-1,3	
60 und älter F	-0,4	2,6	0,5	-0,4	0	-1	-1,3	-1,2	
Schulbildung									
Hauptschule	-1,1	2,2	1,1	-0,5	0	0	-5,9	-5,3	
Realschule	-0,9	0,8	0,1	-1,1	2	-1	-5,1	-4,2	
Hochschulreife	1,3	-0,9	0,5	-0,9	1	-3	-6,2	-2,4	
Hochschule, Uni	0,2	-2,8	-0,5	-0,4	-1	-3	-1,1	-2,6	
Erwerbsstatus									
Tätigkeit		-0,1	0,5	-0,7	3	-2	-5,9	-4,1	
Rentner		1,0	0,2	-0,6	1	1	-5,1	-2,1	
Arbeitslose		-0,6	2,7	-2,7	9	-4	-3,2	-10,5	
Ausbildung		-1,8	1,8	0,4			-3,2	-5,8	
Berufsgruppe									
Arbeiter		-0,1	1,0	-0,4	4	-2	-7,7	-7,3	
Angestellte		-0,9	0,1	-1,3	1	-2	-6,4	-3,3	
Beamte		-4,7	-0,6	0,5	6	0	-2,4	-2,0	
Selbständige		2,8	0,4	0,2	4	-1	1,0	-1,6	
Gewerkschaftsmitgliedschaft									
Ja		-0,8	-0,7	-0,8	2	1	-9,7	-5,2	
Nein		-0,1	0,7	-0,6	3	0	-3,9	-3,5	
Arbeiter Ja		-3,7	0,1	-0,1	3	-4	-9,2	-7,6	
Arbeiter Nein		1,1	1,3	-0,3	5	0	-7,1	-7,0	
Angestellte Ja		1,7	-1,2	-2,7	0	2	-13,2	-4,8	
Angestellte Nein		-1,4	0,3	-1,1	1	0	-4,5	-3,0	

Quelle: Wahlberichte Forschungsgruppe Wahlen, eigene Zusammenstellung. Vergleichbare Angaben für NRW waren in der Wahlnacht noch nicht verfügbar.

Übersicht: Wählerwanderungen

Wählerwanderungen finden selten nur in eine Richtung statt. Manchmal verbergen sich hinter einem kleinen positiven oder negativen Saldo mit einer Partei recht große Bewegungen in beide Richtungen. So behaupten die Wahlforscher von Infratest dimap für Baden-Württemberg, dass hinter einem Verlust von 1000 Stimmen an die SPD 20.000 Wähler stehen, die von der Linken zur SPD gegangen sind und 19.000, die den umgekehrten Weg gegangen sind, insgesamt also 39.000 Wahlberechtigte, die sich anders entschieden haben.

Darin liegen für eine Partei weitaus mehr politische Chancen, als wenn lediglich 1000 Wähler abgewandert wären.

DIE LINKE verliert vor allem an die SPD und die Nichtwähler, gleichzeitig kamen von hier in 2011 auch noch die meisten neuen Stimmen. So überwogen in Berlin die Gewinne von der SPD und von den zuvor Wahlabsinenten noch die Verluste an sie. Das ist bei den Wahlen 2012 nicht mehr der Fall gewesen. Hier dominiert die Abwanderung eindeutig die Zuwanderung, ein Zeichen für einen starken Abwärtstrend.

Die Abwanderung: Wo blieben die Wähler innen von der Vorwahl?

Eine junge Partei ist darauf angewiesen, von anderen Parteien Stimmen zu gewinnen. Sie besitzt keine Stammwählerschaft. Aus diesem Grunde ist die Quote der „Wiederwähler“ in den ostdeutschen Ländern, in denen DIE LINKE seit längerem verankert ist, höher als in den westdeutschen Ländern. Hier liegt die Wiederwählerquote um bis zu zwanzig Prozentpunkte niedriger. In Schleswig-Holstein ist sie dramatisch eingebrochen, was die Versäumnisse im Parteaufbau und in der Landespolitik spiegelt. Während wir für Hamburg noch annahmen, Anzeichen für eine sich festigende verlässliche Stammwählerschaft zu sehen, kann davon nach den letzten Wahlen nicht mehr die Rede sein. Eine Wiederwählerquote von 17%, wie sie für Schleswig-Holstein ausgewiesen wird, zeugt nicht von einer belastbaren Stammwählerschaft. (Die Zahlen für NRW sind vorläufige Zahlen aus der Wahlnacht, ihnen liegt noch nicht das vollständige Wählerstromkonto zugrunde.)

Tabelle: Verbleib der Wählerschaft der Vorwahl

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	28%	13%	30%	55%	16%	24%	26%	32%	
Nichtwähler	18%	5%	7%	2%	10%	8%	19%	43%	
Verstorben/verzogen	10%	14%	9%	0%	11%	13%	7%	8%	
Wiederwähler	44%	68%	55%	43%	63%	56%	47%	17%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Mit Ausnahme der Wahl in Baden-Württemberg wechselt etwas ein Viertel bis ein Drittel der Wählerschaft zu einer anderen Partei, der Wechsel zur Wahlenthaltung ist in Hamburg, Saarland und vor allem in Schleswig-Holstein signifikant höher gewesen als im Durchschnitt. Schaut man nur auf die Verteilung der abgewanderten Wählerstimmen, so erhalten diese Tendenzen eine deutlichere Kontur.

Tabelle Verteilung der Abwanderung von Wähler/-innen

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	50%	41%	65%	96%	42%	54%	50%	39%	
Nichtwähler	32%	14%	15%	4%	28%	17%	37%	51%	
Verstorben/verzogen	18%	45%	20%	0%	30%	28%	13%	10%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Die Zuwanderung von neuen Wähler/-innen

Bei jeder Wahl hat DIE LINKE nicht nur bisherige WählerInnen verloren, sondern auch in teilweise beträchtlichem Umfang neue WählerInnen gewonnen. Die neu gewonnen Stimmen kamen überwiegend von anderen Parteien, gefolgt von vorher Wahlabsinenten oder im Land nicht Wahlberechtigten.

Tabelle Verteilung der Zuwanderung von Wähler/-innen

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	52%	41%	56%	45%	64%	49%	71%	62%	
Nichtwähler	22%	44%	22%	32%	21%	25%	21%	15%	
Erstwähler/zugezogen	26%	14%	22%	23%	15%	25%	8%	23%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Auffallend hierbei ist eine Tendenz der schwindenden Anziehungskraft auf Nichtwähler. Entsprechend wächst der Anteil früherer Wähler anderer Parteien. Damit würde DIE LINKE verstärkt um die „wahlbereiten“ Bürger und Bürgerinnen konkurrieren. Da (mehrmalige) Nichtwähler, zumal in Vierteln mit hoher Wahlenthaltung, in Wahlkämpfen viel schwerer zu mobilisieren, liegt eine solche strategische Entscheidung nahe, würde aber am Gründungsauftrag unserer Partei vorbeigehen, der ja gerade von den herrschenden Parteien enttäuschte Wählerschichten für die politische Einmischung gewinnen wollte – und muss, um überhaupt mehrheitsfähige Bündnisse für eine Politik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der unteren Schichten herstellen zu können.

Aktuelle Wählerschaft und Austauschvolumen

Der Saldo aus Abwanderung und Zuwanderung ergibt die Nettobilanz, ob etwa von der SPD unterm Strich Stimmen gewonnen oder verloren wurden, und die Zusammensetzung der aktuellen Wählerschaft.

Tabelle: Zusammensetzung der aktuellen Wähler/-innenschaft nach Herkunft

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	27%	16%	32%	28%	20%	19%	22%	28%	
Nichtwähler	11%	17%	13%	20%	6%	10%	6%	7%	
Erstwähler	4%	3%	7%	4%	3%	4%	1%	3%	
zugezogen	9%	2%	5%	10%	2%	6%	1%	7%	
Wiederwähler	49%	62%	43%	37%	69%	61%	69%	55%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Wenn die Abwanderung die Zuwanderung überwiegt, wächst der Anteil der Wiederwähler an der aktuellen Wählerschaft. Hierbei sind zwei unterschiedliche Bewegungen festzustellen: In Sachsen-Anhalt oder Berlin gelingt es nicht, die Zahl der verstorbenen Wähler durch Erstwählerstimmen oder andere Gewinne zu kompensieren. In den westdeutschen Ländern ist in diesem Jahr vor allem der Abfluss zur SPD und den Nichtwählern das herausragende, nicht ausgleichende Phänomen.

Die Summe aus Abwanderung und Zuwanderung ergibt das gesamte Bewegungsvolumen. Dieses Volumen bildet einen Indikator für die Potentiale einer Partei, für mögliche Gewinne und Verluste, für Chancen und Risiken. Berücksichtigt ist in der folgenden Darstellung allein der Austausch mit anderen Parteien und den Nichtwählern.

Tabelle: Verteilung des Austauschvolumens mit anderen Parteien und den Nichtwähler/-innen

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
CDU	10%	13%	10%	8%	12%	6%	11%	4%	
SPD	35%	25%	34%	29%	38%	26%	31%	16%	
Grüne	15%	5%	20%	32%	4%	13%	5%	9%	
FDP	0%	3%	2%	4%	3%	1%	4%	2%	
Piraten						12%	9%	10%	
Andere	5%	10%	10%	5%	10%	13%	3%	7%	
Nichtwähler	35%	43%	24%	23%	32%	29%	36%	52%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Der Erfolg der Piraten hat an dem grundlegenden Muster nichts geändert: Der bei weitem größten Austausch findet bisher zwischen LINKE-Wählern und Nichtwählern und LINKE-Wählern und SPD-Wählern statt. Das wiederum ist ein schwerwiegender Befund, denn im Kern handelt es sich um gegensätzliche Bewegungen. Die einen sind der Auffassung, dass die vorherige Wahl der LINKEN nichts genutzt hat und gehen gar nicht mehr wählen, die anderen sind der Auffassung, dass ihre Anliegen bei einer anderen Partei besser aufgehoben sind. Hier steht DIE LINKE im Wettbewerb mit anderen Parteien, vor allem der SPD, dort geht es um ihre Unterscheidbarkeit und Wirkungsmächtigkeit gegenüber allen anderen Parteien. Letztmalig gelang es in Berlin, das Konto mit SPD und Nichtwählern positiv abzuschließen.

Tabelle Wanderungssalden mit Parteien und Nichtwähler/-innen

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
CDU	2.000	7.000	2.000	5.000	6.000	-1.000	-2.000	-3.000	0
SPD	-4.000	5.000	8.000	-1.000	0	2.000	-7.000	-9.000	-90.000
Grüne	2.000	-2.000	-4.000	-33.000	-1.000	-2.000	0	-3.000	-30.000
FDP	0	3.000	1.000	3.000	2.000	1.000	3.000	0	-10.000
Piraten	0	0	0	0	0	-13.000	-7.000	-6.000	-80.000
NPD	0	-2.000	0	0	-1.000	0	0	0	
Andere	-2.000	-2.000	-2.000	-1.000	-2.000	2.000	0	-2.000	-20.000
Summe Parteien	-2.000	9.000	5.000	-27.000	4.000	-11.000	-13.000	-23.000	-230.000
Nichtwähler	-4.000	30.000	4.000	25.000	-6.000	3.000	-17.000	-39.000	-20.000

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Die bisher für NRW vorliegenden Wanderungsbilanzen zeigen für DIE LINKE ein neues Phänomen: Die Abwanderung aus Enttäuschung in die Wahlenthaltung spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Dafür teilt sich das Wählerpotential der Partei in zwei Richtungen: die einen (32%) suchen, könnte man interpretieren, bei den Piraten eine neue, unverbrauchte Partei mit einem offeneren Politikstil; die anderen (48%) wollen nach der Ablehnung des Haushaltes der rotgrünen Landesregierung lieber eine rotgrüne Mehrheitsregierung als eine erneute Abhängigkeit von der Strategie der Linken.

Tabelle Verteilung der Stimmenverluste der LINKEN

CDU	SPD	FDP	Grüne	PIRATEN	Andere	Nichtw.
0%	36%	4%	12%	32%	8%	8%

Hinweise aus den Vorwahlumfragen.

Eine von der INFO GmbH Anfang April für die Wirtschaftswoche durchgeführte repräsentative Telefonumfrage stellte im Auftrag des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand einige zusätzliche Fragen zur Sicht auf die LINKE. Diese Umfrage zeichnet ein bemerkenswertes Bild von der LINKEN (in NRW).³⁰ Die Forderungen unserer Partei erzielen eine große Zustimmung. Als „sehr wichtig“ und „wichtig“ für die eigene Wahlentscheidung erachteten die Befragten die Forderung „Löhne rauf – Ihr seid es wert!“ 65% der Befragten, die Forderung „Kita für alle – jetzt & gebührenfrei“ 60%. „Millionärssteuer als Schuldenbremse“ 55% und „Sozialticket für ganz NRW“ 41%. Bemerkenswert hieran ist, dass die Forderung, wegen der die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmte, nur den vierten Platz belegt. Die Zustimmung war im übrigen bei allen Themen unter weiblichen Befragten größer als unter männlichen, die Zustimmung verteilte sich ebenso recht gleichmäßig über alle Altersgruppen. Am größten war die Zustimmung unter potentiellen WählerInnen der LINKEN, gefolgt von potentiellen SPD-WählerInnen und NichtwählerInnen. An den gewählten Themen kann die Wahlniederlage also nicht gelegen haben.

Allerdings wurden die Themen nicht vorwiegend mit der LINKEN verbunden. Nur bei der „Millionärssteuer als Schuldenbremse“ vermutete eine Mehrheit DIE LINKE als Absender, bei allen anderen Themen mit meist deutlicher Mehrheit die SPD, bei der Kita-Forderung sogar noch die Grünen häufiger als DIE LINKE.

Ein zweites thematisches Problem offenbarten die Fragen zur Neuverschuldung und Schuldenbremse. Zwar fand sich unter potentiellen WählerInnen der LINKEN auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Reduktion der Neuverschuldung mit 43% die höchste Zustimmung zu „Steuern erhöhen“, doch mehrheitlich votierten die LINKE-Wähler wie alle Wähler für „Ausgaben insgesamt senken“ (81%), „Personal in der öffentlichen Verwaltung reduzieren“ (53%) und „Fördermittel für die Wirtschaft reduzieren“ (47%). Offensichtlich führt ein Alleinstellungsmerkmal bei der Staatsverschuldung nicht zur Sammlung des Wählerpotentials, sondern es droht die Entfremdung, wenn die Thematisierung abstrakt und nicht konkret an der Frage des Erhalts und Ausbaus bestimmter Einrichtungen und Stellen geführt wird (siehe Zustimmung zu Kita-Forderung).

Die INFO-Umfrage belegte auch eine hohe Abwanderungsbereitschaft der früheren LINKE-Wählerschaft. Nur 38% wollten DIE LINKE erneut wählen, etwa je ein Viertel tendierte zu den Piraten und zu SPD und Grünen. Bewertet man die genannten Gründe, so schälen sich zwei Motivlagen heraus. Das eine Motiv gruppiert sich um Äußerungen in Richtung „Mal was neues ausprobieren“ und geht in Richtung Piratenpartei. Die andere Motivlage hat etwas mit dem Politikstil der LINKEN und der Haltung zur rotgrünen Landesregierung zu tun. Die Partei habe sich zu „wenig bewegt“, sei „sehr radikal“, „treten auf der Stelle, kommen nicht voran, keine umsetzbaren Ideen“ oder schlicht „haben ihre Ziele nicht erfüllt“. Das Motiv „Die Linken sind strittig/unschlüssig untereinander“ ist nur eines unter vielen anderen.

Nur etwa 20% der Befragten waren der Meinung, dass DIE LINKE wieder im Landtag vertreten sein sollte, deutlich weniger als für die FDP oder den Piraten. DIE LINKE in NRW verfügt über das kleinste Wählerpotential und nahm allein deshalb schon eine Alleinstellung war. Zur LINKEN überwiegen unter allen Befragten die negativen Assoziationen. Die wichtigsten sind:

- „Programm/Ansprüche/Konzepte sind nicht umsetzbar/unrealistisch/unbezahlbar“
- „Abneigung gegen diese Partei, unsympathisch“
- „DDR-Vergangenheit, SED, zu sehr damit verwurzelt, schlechte Erfahrungen gemacht“
- „Chaotisch, wissen nicht, was sie wollen, bringen nichts, taktieren nur, sind populistisch“
- „zu destruktiv, zu radikal, zu extrem, aggressiv, wie die Rechten“

³⁰ Siehe auch die Berichterstattung im Neuen Deutschland: Wähler trauen der NRW-LINKEN wenig zu, ND 27. April 2012. Die Ergebnisse für die Anhänger der LINKEN haben im Gegensatz zu den Ergebnissen für alle Befragten eine schmale Datenbasis, die ihre Repräsentativität fraglich erscheinen lässt.

Was folgt aus diesen Erkenntnissen? Vor gut einem Jahr schrieben wir nach den damaligen Landtagswahlen eine Einschätzung unter der Überschrift „Der Trend ist kein Genosse“³¹. Nach den letzten Wahlergebnissen 2012 wäre dies eine beschönigende Überschrift für eine Gesamteinschätzung. Es handelt sich um mehr als einen Trend. Die Niederlage in Nordrhein-Westfalen ist der letzte Warnschuss der Wählerinnen und Wähler, der noch Konsequenzen für die kommenden Bundestagswahlen ermöglicht. Das jüngste Wahlergebnis zeigt, dass mit der bisher dominierenden Strategie unter den gegebenen Bedingungen Wahlen erfolgreich nicht zu bestreiten sind. Eine bessere Strategie wird nicht ohne offene und ehrliche Diskussion der unterschiedlichen Erfahrungen in den vergangenen zwei Jahren zu haben sein. Sie kann angesichts der Komplexität der Ursachen nur eine kollektive Leistung sein.

31

Nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erschienen mit der Wahlachtsauswertung am 28. März 2011 erste Thesen zum strategischen Umgang mit den Landtagswahlergebnissen für die Bundespartei DIE LINKE. Diese sollen hiermit nach dem Wahlzyklus von den Landtagswahlen in Hamburg 2011 bis zur heutigen Landtagswahl in NRW 2012 überprüft und fortgeschrieben werden. Sie sind ein Beitrag zur Erarbeitung der wahlstrategischen Entscheidungen für die Bundestagswahlen 2013.

Anlage B: Wahlnachtbericht-Spezial: Die Piraten-Partei nach der NRW-Wahl

B.I. Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei

Die Piraten-Partei ist in den vierten Landtag in Folge eingezogen. Dabei handelt es sich nicht um irgendeinen Landtag, sondern um den Landtag des bevölkerungsreichsten Landes der Bundesrepublik, um den Landtag, der für neue Parteien traditionell schwer zu erstürmen war.

Die Piraten-Partei bleibt ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft und ist daher als Projektionsfläche für vielerlei Motive geeignet ist. Ihre Wahlerfolge zeugen von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb und seinen parlamentarischen Parteien. Der Erfolg der Piraten legt eine weit verbreitete Überdrüssigkeit mit dem vorhandenen Parteiangebot offen, eine weit verbreitete Bindungs- und Orientierungslosigkeit im vorhandenen Angebot und ein entsprechendes Bedürfnis nach einer Alternative, eine Alternative, die die nicht als fertiges Angebot präsentiert wird, die nicht die politische Richtung um 180 Grad dreht, sondern die unfertig ist, offen und aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt, eine Alternative zu den professionellen politischen Eliten.

Das Bedürfnis nach einer Veränderung scheint in der Gesellschaft, zumal bei den unter 40-jährigen, weit verbreitet und geprägt von ideologischer Richtungslosigkeit im klassischen Sinn. Drückte sich zuvor die Auffassung, dass es so wie es ist nicht weitergehen kann, in der Wahl von Parteien auf den Polen „Markt/Individuum“ (FDP) oder „Staat/Gesellschaft“ (DIE LINKE) aus, so steht die Wahlentscheidung für die Piraten gegen die Abschottung des politischen Systems vom Alltag, gegen das „Politsprech“, für die Freiheit des Individuums und für gesellschaftliche, gemeinschaftliche Einrichtungen.

Die Piraten-Partei kann insoweit, in der Betonung und Voraussetzung von Gemeineigentümern, als Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Dieser Sozialliberalismus wäre dann der Erbe des Neoliberalismus, die Antwort auf seine „Auswüchse“ (Entdemokratisierung, Ökonomisierung) und uneingelösten Versprechen (entfaltete Individualität), der Ausbruch aus der scheinbaren Alternativlosigkeit von „Markt versus Staat“.

Allerdings: Über die Piraten-Partei, ihre Anhänger/-innen und ihr Potential gibt es viele Vermutungen, manche begründet, manche hochspekulativ. Sicher ist nur, dass sie die konstellationspolitischen Rechnungen aller anderen Parteien durcheinander bringen, und alle anderen Parteien zwingen, sich zu ihnen zu verhalten und sich zu verändern. In den folgenden beiden Abschnitten beteiligen wir uns an der Interpretation der jüngsten Wahlerfolge der Piraten-Partei, zunächst mit einem Blick auf die Ergebnisse von Umfragen, dann mit einer politischen Wertung.

B.II. Die Piraten-Partei im Spiegel der Wahlumfragen

Infratest dimap befragte im Rahmen des ARD-DeutschlandTRENDS vom April 2012 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger nach Ihrer Meinung zu den Piraten.

Tabelle: Bewertung (Wieder-)Einzug von FDP bzw. Piraten in den Bundestag 2013 (Ergebnisse in %)

FDP		Piraten	
Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut	Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut
36	59	50	42

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Zumindest im April des Jahres sprach sich jeder zweite befragte Wahlberechtigte für den Einzug der Piraten in den Bundestag bei der kommenden Bundestagswahl aus, gleichzeitig war fast jeder zweite der Meinung, dass dies nicht so gut sei.

Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen äußerte im März 2012 ein Anteil von 37% der Befragten Zustimmung zu einem Einzug der Piraten in den Deutschen Bundestag, während 26% dies als schlecht empfanden und knapp ein Drittel (32%) dazu keine Meinung hatte oder dies als „egal“ empfand. Immerhin „24 Prozent fänden es sogar gut, wenn sie (die Piraten – BIH/HK) an der Bundesregierung beteiligt wären (egal: 23 Prozent, schlecht: 47 Prozent).“³²

Sowohl im Oktober 2011 als auch im April 2012 fragte Infratest dimap wiederum im Rahmen der DeutschlandTRENDS auf Basis vorgegebener Aussagen nach tendenzieller Zustimmung oder Nichtzustimmung zu diesen Aussagen.

Rund zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass bei der Wahl der Piraten das Motiv, anderen Parteien einen Denkartikel zu verpassen, im Vordergrund steht. Gleichzeitig ist die Zustimmung zu dieser Aussage rückläufig und nimmt die Nichtzustimmung zu dieser Aussage etwas stärker zu, als die Zustimmung dazu abnimmt.

Das Gleiche lässt sich für die Aussage „Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei“ feststellen. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischen Oktober 2011 und April 2012 rückläufig, die Nichtzustimmung nimmt stärker zu, als die Zustimmung abnimmt. Im Übrigen ist zwischenzeitlich jede/r zweite Befragte der Auffassung, dass es sich bei den Piraten um eine ernstzunehmende Partei handelt.

Wiederum rund zwei Drittel sehen in den Piraten eine Wahlalternative für diejenigen, die sonst gar nicht zur Wahl gehen würden, während ein Drittel diese Aussage ablehnt. Während nur weniger als jede/r Fünfte im Oktober 2011 der Aussage zustimmte, dass die Piraten eine echte Alternative zu den Mitte-Links-Parteien SPD, Grüne und LINKE seien, stimmte im April 2012 ein Drittel der Befragten der Aussage zu, die Piraten seien eine Alternative zu den etablierten Parteien generell.

Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei Oktober 2011 / April 2012

Koalitionsoption	Oktober 2011		April 2012	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkartikel zu verpassen	72	22	67	29
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	63	28	64	31
Die Piraten sind eine echte Alternative zu SPD, Grünen und der LINKEN	17	71	-	-
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	-	-	33	58
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	50	39	54	38
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	47	43	44	48
Die Piraten sind die einzige Partei, die sich wirklich für die Freiheit des Einzelnen einsetzt	15	68	-	-
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	-	-	49	42

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

³² Forschungsgruppe Wahlen 2012: <http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/web/ZDF.de/Politbarometer/2942200/662847/6/b4edb2/Piraten-deutlich-im-Aufwind---FDP-bleibt-im-Keller.html> (Zugriff: 13. Mai 2012).

In diesem Zusammenhang von Interesse ist die Erhebung³³, die Infratest dimap mit dem Ziel durchführte, die Verortung der Partei auf dem Links-Rechts-Schema bei den Wähler/-innen im Bundesgebiet generell und bei den Anhänger/-innen der Piraten im Speziellen festzustellen.

Zugrundegelegt wurde von Infratest dimap das »Links-Rechts-Schema«, bei dem die Links-Rechts-Einstufung auf einer Skala von 1 „links“ bis 11 „rechts“ für insgesamt sieben Parteien (die fünf im Bundestag vertretenen Parteien, wobei CDU und CSU gemeinsam erhoben werden zuzüglich NPD und Piraten) vorgenommen wird. Nach Infratest dimap ist das »Links-Rechts-Schema« *„immer noch ein passender Orientierungsrahmen zur Positionierung der Parteien im politischen Raum“*.³⁴

Die Ergebnisse belegen, laut Infratest dimap, *„eine stabile und über die Zeit relativ konstante Positionierung der sechs etablierten Parteien. Ganz links wird die Linke platziert (2,4), Mitte links die Grünen (4,5) und die SPD (4,8), die FDP rangiert in der Mitte (6,0) und CDU (6,4) und CSU (6,9) werden Mitte rechts verortet. Hinzu kommt die rechtsradikale NPD, die mit 9,4 auch äußerst rechts platziert wird. Die Befunde zeigen in den letzten 10 Jahren eine leichte Linksverschiebung – sowohl in der Selbstverortung der Wählerinnen und Wähler (2001: 6,0; 2012 5,2) als auch in der Positionierung der etablierten Parteien.*

(...) In den Augen der Wähler (...) werden (die Piraten) derzeit mit 4,6 klar dem linken Parteispektrum zugeordnet. Sie weisen damit die geringste Distanz zu den Grünen auf. Allerdings fällt den Befragten die Einordnung der Piraten noch schwer: 25 Prozent können oder wollen aktuell keine Zuordnung vornehmen. Bei den anderen Parteien liegt dieser Wert zwischen 4 und (bei der FDP) 9 Prozent.

*Dies gilt jedoch nicht für die Anhänger der Piraten selbst. Sie können sowohl sich selbst als auch ihre Partei sehr wohl im politischen Spektrum platzieren. Sie verorten die Piraten mit 5,2 allerdings stärker in Richtung der politischen Mitte als die Gesamtbevölkerung. Mit ihrer eigenen Selbsteinstufung von 5,1 dokumentieren sie ein hohes Maß an Übereinstimmung der eigenen Position mit der Position der Partei. Damit positionieren sie sich und ihre Partei sehr nah an der durchschnittlichen Selbsteinstufung der Gesamtbevölkerung (5,2).*³⁵

Im Rahmen des Politbarometers, das die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) erstellt, wurde zwischen dem 27. und 29. März 2012 auch von der FGW nach der Einordnung der Piraten gefragt: *„Politisch rechnen 31 Prozent die Piraten eher dem linken Spektrum zu, 35 Prozent halten sie eher für eine Partei der Mitte und 30 Prozent können die Piraten nicht einordnen (eher rechts: vier Prozent).*³⁶

Infratest dimap hat im Rahmen seiner Erhebung von April 2012 eine Differenzierung hinsichtlich der Wahlberechtigten insgesamt und der Anhänger/-innenschaft der Piraten vorgenommen.

³³ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

³⁴ Infratest dimap zitiert an dieser Stelle zur Bedeutung der Links-Rechts-Einordnung als zentrale Entscheidungshilfe für Wahlabsichten: Anja Neundorf 2012, Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 2008, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland, Sonderheft der PVS 45/2011, Baden-Baden.

³⁵ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

³⁶ Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei April 2012 nach Wahlberechtigten insgesamt und Piratenanhänger/-innen

Koalitionsoption	Wahlberechtigte allgemein		Piraten-Anhänger/-innen	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen	67	29	63	37
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	64	31	76	24
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	33	58	72	26
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	54	38	77	23
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	44	48	14	82
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	49	42	80	20

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Es überrascht nicht, dass die Anhänger/-innen der Piratenpartei die Aussagen zur eigenen Partei stärker konturieren, als dies die Gesamtbevölkerung tut. Hinsichtlich der eigenen Wähler/-innenschaft scheinen sich die Anhänger/-innen der Piraten selbst noch nicht ganz im Klaren zu sein. Während rund zwei Drittel meinen, dass sich in der Wahl der Piraten eine Denkmöglichkeit gegenüber den anderen Parteien ergibt, sieht dies etwas mehr als ein Drittel nicht so. Immerhin ein Viertel der eigenen Anhänger/-innenschaft meint zudem, dass die Piraten keine Alternative für diejenigen seien, die sonst nicht wählen gehen würden.

Dass mehr als vier Fünftel der eigenen Anhänger/-innen die Piraten für eine ernstzunehmende Partei halten, zeugt von vergleichsweise hoher Identifikation der Anhänger/-innenschaft gegenüber den Wahlberechtigten insgesamt. Immerhin jeder Fünfte der Anhänger/-innen ist sich zumindest im Moment nicht sicher, ob die Piraten tatsächlich dafür sorgen (können), dass die Politik offener und transparenter wird, was ja eines der wesentlichen Ziele der Politik der Piraten ist. Die Skepsis in der Wahlbevölkerung insgesamt liegt doppelt so hoch.

Nach Erkenntnissen der FGW im zitierten Politbarometer führten zumindest Ende März 2012 83% der Befragten die Erfolge der Piraten auf die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien zurück, während nur 8% auf die inhaltlichen Positionen der Piraten rekurrierten.³⁷

Von Interesse war für Infratest dimap letztlich noch, inwieweit angenommen wird, dass die Piraten dauerhaft in den deutschen Parlamenten eine Rolle spielen oder ob es sich bei der Partei eher um eine Zeiterscheinung handelt, die nach einer Weile wieder verschwinden wird.

Tabellen: Piratenpartei – dauerhafte Rolle oder Zeiterscheinung

	April 2012	
	Dauerhafte Rolle	Zeiterscheinung
Gesamt	33	61
Piraten-Anhänger/-innen	64	36
LINKE-Anhänger/-innen	37	57
Grüne-Anhänger/-innen	32	64
SPD-Anhänger/-innen	28	68
CDU/CSU-Anhänger/-innen	28	67

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

³⁷ Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

Nur ein Drittel der Befragten insgesamt will zumindest zum jetzigen Zeitpunkt den Piraten eine dauerhafte Rolle im bundesdeutschen parlamentarischen System zugestehen. Knapp zwei Drittel halten die Partei für eine Zeiterscheinung. Bei den Piraten-Anhänger/-innen ist dieses Quorum spiegelverkehrt. Immerhin 36% der Piraten-Anhänger/-innen glauben derzeit nicht an einen dauerhaften Wahlerfolg der eigenen Partei.

Von den Anhänger/-innen der anderen etablierten Parteien sind die LINKE-Anhänger/-innen mit 57% am wenigsten bereit, die Piraten als eine parlamentarische Zeiterscheinung zu sehen. SPD und CDU sind mit 67% bzw. 68% diesbezüglich deutlich sicherer.

Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen äußerten *„trotz des aktuellen Hochs (...) aber nur 36 Prozent, dass die Piraten langfristig als Partei erfolgreich sein werden und 50 Prozent glauben das nicht (weiß nicht: 14 Prozent).“*³⁸

B.III. Die Wähler/-innenschaft der Piraten-Partei

Die Wähler/-innenschaft der Piraten ist „jung, männlich, konfessionslos“, so summarisch Daniel Deckers in der FAZ vom 22. April 2012. Diese Charakterisierung darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Piraten-Partei von allen Parteien Wähler und Wählerinnen gewinnt, dass sie derzeit Attraktivität „für Bürger aus allen Segmenten des politischen Spektrums“ (Deckers) besitzen.

Der Aufstieg der Piraten erinnert an den Aufstieg der Grünen, die Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Themenfelder wie Umweltschutz, auch Frieden besetzten, die von anderen Parteien vernachlässigt wurden, aber auf der links-rechts-Skala nicht eindeutig zu verorten waren.

Mit den Themen „Freiheit im Netz“, technikbasierte Kommunikationsmöglichkeiten und Partizipation in Verbindung mit dem „Lebensgefühl“ einer ersten „Generation Netz“ kann den Piraten ähnliches gelingen wie den Grünen damals: Liegengelassene Themen suchen sich neue Parteien, um ihre Bedeutung zu unterstreichen.

Tabelle: Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft Piraten-Partei (in %)

	BE 09/2011	SL 03/2012	SH 05/2012	NRW* 05/2012
CDU	3	11	15	13
SPD	11	8	12	20
Grüne	13	11	16	17
LINKE	10	19	8	17
FDP	5	11	16	9
Andere	17	8	8	9
Summe Parteien	59	65	73	
Erstwähler	9	8	7	
Nichtwähler	17	22	15	15
Zugezogene**	15	5	5	

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap.

*NRW – Vorläufig auf Basis der Nettowählerwanderungs-Daten am Wahlabend / ** "Zugezogene": Personen, die bei der Vorwahl im Wahlgebiet nicht wahlberechtigt waren.

In Nordrhein-Westfalen haben die Piraten stärker als bei den Wahlen zuvor von der SPD und der LINKEN gewonnen, aber auch erhebliche Anteile von ehemaligen Grünen-Stimmen.

³⁸ Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

Nicht wiederholen konnten sie die Gewinne von der FDP, während der Anteil von ehemaligen CDU-Wähler erneut hoch ist. Die Anziehungskraft auf Nichtwähler ist für eine neue Partei erneut bemerkenswert niedrig.

In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die Piraten stärker noch als zuvor von allen Parteien gewonnen. Erneut kam wie im Saarland ein hoher Anteil der Piratenstimmen von der LINKEN. Zwar waren die Piraten auch in NRW nicht die Hauptkonkurrenten der LINKEN, aber sie zählten unter die Hauptkonkurrenten. Auffällig ist der erheblich gestiegene Anteil von „bürgerlichen Wählern“ unter den Piraten-Wählern.

Die Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft der Piraten ist aus der Sicht der anderen Parteien nur eine von zwei notwendigen Perspektiven. Die andere Perspektive fragt nach dem Anteil der Abwanderung aus der eigenen Wähler/-innenschaft zu den Piraten an der gesamten Abwanderung von Wähler/-innen. Da für die Wahlnachtberichte lediglich Zahlen über die Salden von Ab- und Zuwanderung zur Verfügung stehen, können wir hier lediglich auf die Ergebnisse der Befragungen für Berlin und das Saarland hinweisen.

Tabelle: Anteil der Abwanderung von Wähler_innen zu den Piraten an der Gesamtabwanderung und an der Abwanderung zu anderen Parteien bei den einzelnen Parteien (in %)

	BE 09/2011		SL 03/2012		SH 05/12		NRW 05/2012	
	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien
CDU	4	11	6	14	7	15	14	11
SPD	7	13	6	14	8	16		
Grüne	21	29	13	18	15	22		
LINKE	16	30	12	23	7	16	35	32
FDP	7	10	9	13	9	23		
Andere	17	33	16	38	8	22		

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap. NRW vorläufig.

Nimmt man beide Perspektiven zusammen, so bilden ehemalige LINKE-Wähler im Saarland zwar das größte Kontingent unter den Piraten-Wählern, die von anderen Parteien gekommen sind, die Abwanderung zu den Piraten aus der Wählerschaft der LINKEN liegt aber deutlich unter der Abwanderung zu den Nichtwählern und zur SPD. Auch in Berlin war dies der Fall, allerdings mit der Besonderheit, dass bei SPD und Nichtwählern die Abwanderung durch eine höhere Zuwanderung verdeckt wurde.³⁹ In Schleswig-Holstein dominierte ebenfalls die Abwanderung zur Wahlenthaltung und zur SPD bei den LINKEN-Verlusten. Für Nordrhein-Westfalen waren die Wählerstromkonten für diese Wahlnachtanalyse noch nicht verfügbar. Die dargestellten Zahlen basieren auf einer Auswertung der Wanderungssalden, also der Nettobilanz von Zu- und Abwanderung und sind somit nicht vergleichbar. In ihnen spiegelt sich etwa bei den Zahlen für DIE LINKE jedoch erstmalig ein erheblicher Anteil der Verluste an die Piraten an den Gesamtverlusten

Die Wahlanalysen von Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen zeigen einige Besonderheiten, die Piraten-Wähler von anderen Parteiwählern unterscheiden. Während die anderen Parteien durchweg zu zwei Dritteln und mehr „aus Überzeugung“ statt „aus Enttäuschung“ gewählt werden (keine Angaben für DIE LINKE), verhält es sich bei den Piraten umgekehrt: zwei Drittel wählten sie „aus Enttäuschung“ über die anderen Parteien (Infratest). Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte als für die Wahlmotive „Unzufriedenheit mit anderen Parteien“ 74% und „Inhalte“ 22%.

³⁹ Vgl. ausführlich Horst Kahrs, Wahlnachlese zur Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012; <http://www.rosalux.de/publication/38339/die-landtagswahl-im-saarland-am-25-maerz-2012.html>

Die vier wichtigsten wahlentscheidenden Themen für Piraten-Wähler/-innen waren Soziale Gerechtigkeit (34%), Netzpolitik (26%), Schulpolitik (24%) und Arbeitsmarktpolitik (21%). Gemessen am Durchschnitt aller Wähler/-innen fällt die „Netzpolitik“ als besonderes Thema der Piraten heraus. Lediglich für die Wähler von SPD und LINKEN waren die vier im Durchschnitt aller Wähler/-innen wichtigsten wahlentscheidenden Themen Wirtschaftspolitik, Schulpolitik, Soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik ebenfalls die wahlentscheidenden. Alle anderen Parteien hatten wie die Piraten mindestens ein „Sonderthema“, CDU und FDP etwa die „öffentliche Verschuldung“.

Hinsichtlich der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage unterscheiden sich die Piraten-Wähler ebenfalls von denen anderer Parteien bzw. dem Durchschnitt:

- Während 17% aller Wähler/-innen sich „große Sorgen“ um ihre wirtschaftliche Situation machen, sagen dies 30% der Piraten-Anhänger/-innen über sich.
- 29% der Piratenwähler sagten, dass sie von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, aber 35% aller Wähler/-innen und knapp die Hälfte der CDU- und FDP-Wähler/-innenschaft behauptet dies von sich.
- Gut die Hälfte der Piraten-Anhänger/-innen sieht sich bei der „gesellschaftlichen Entwicklung“ auf der „Gewinner“-Seite, deutlich weniger als bei CDU, FDP und Grünen, etwa gleichauf mit den SPD-Anhänger/-innen.
- Die Frage „Sind sie zufrieden mit der Demokratie?“ beantworteten 80% der CDU-Anhänger mit Ja, auch 73% der Grünen-Anhänger. Lediglich bei den Piraten ist es, laut Infratest dimap, mit 43% eine Minderheit (LINKE-Anhänger nicht ausgewiesen).

Die Piraten-Anhänger/-innen weisen ihrer Partei drei Kompetenzen zu:

- „Für Transparenz und Offenheit in der Politik sorgen“ (74%),
- bei „Sozialer Gerechtigkeit“ (30%) und
- in der „Schulpolitik“ (28%).
- Vorne liegen die Piraten auch bei allen Wähler/-innen, wenn danach gefragt, wer „am ehesten für mehr Transparenz in der Politik“ sorgt: Piraten 24%, Keine Partei 22%, SPD 19%, Grüne 15%, CDU 13%.

Die Herkunft der Piraten-Anhänger/-innen bestätigt die Ergebnisse aus Berlin und dem Saarland. Überdurchschnittlich Ergebnisse bei männlichen Erstwählern (20%), Wählern unter 45, insbesondere bei Wählern unter 35 Jahren und männlichen Geschlechts. Hohe Anteile erreichten sie in Schleswig-Holstein auch unter „Arbeitern“ (14%) und „Arbeitslosen“ (15%), womit sie in beiden Gruppen deutlich vor der Partei DIE LINKE lagen. (Infratest dimap).

Der Piraten-Anhänger/-innenschaft zwischen Nord- und Ostsee ist jung, unzufrieden mit dem vorhandenen Parteienangebot und dem Zustand des politischen Systems. Stärker als der Durchschnitt betrachten sie ihre soziale Lage als prekär und blockiert, verbinden dies aber nicht mit einer Präferenz für klassische Arbeitsmarkt- oder sozialstaatliche Politikangebote, sondern mit Fragen der „Netzpolitik“ und der Transparenz und Offenheit, also den Partizipationsmöglichkeiten des politischen Systems. Die Hypothese, dass es sich bei der Piraten-Partei um den politischen Arm eines neuen „Generationen-Projekts“ handeln könnte, erhält weitere Bestätigung.

B.IV. Erklärungsmomente der Erfolge der Piraten-Partei

- (1) Gewählt und nicht gewählt wird eine Partei auf der Basis der Vorstellungen, die die Wählerinnen und Wähler sich über die Partei machen. Vorstellungen über eine Partei entwickeln sich selten in Kenntnis der Programmatik einer Partei. Viel wichtiger ist die Vorstellung darüber, „wofür eine Partei steht“, sind ihr Habitus, ihre Kultur und ihre Werte. Weiter spielt eine bedeutsame Rolle, welches Verhältnis die Partei zu den anderen Parteien einnimmt und welche positiven, negativen, verärgerten oder anpassenden Reaktionen der anderen Parteien auf einen Erfolg der Partei erwartet oder erhofft werden. Schließlich spielen bei der Wahlentscheidung vor der Kenntnis der Programmatik die Annahmen und Vorstellungen darüber eine Rolle, ob die Partei in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, im Alltag geerdet ist und realitätstaugliche Angebote hat, bei denen man sich vorstellen kann, „dabei“ zu sein. Diese in der Wahlforschung gut belegten „vor-programmatischen“ Motive bleiben unbestimmt, schwammig, abhängig von der politischen Situation und Stimmungslage einerseits und von langfristigen Bindungen und Zugehörigkeiten andererseits. Sie folgen keinem interessengeleiteten rationalen Entscheidungsmuster, wie es ein „Wahlomat“ nahelegt. Mit dem Hinweis, dass die Piraten-Partei zu vielen Fragen keine programmatischen Antworten parat hat, war im Wählerpotential der Piraten, also bei denjenigen, die sich vorstellen konnten, die Partei zu wählen, bisher kein Blumentopf zu gewinnen, gerade weil sie als Alternative zu den fertigen politischen Menüs der anderen Parteien gar kein festgefügtes Programm, sondern eine gewisse programmatische Offenheit, eben weil sie vor allem Beteiligungs- und Entwicklungsmöglichkeiten wollen: Politik als offener Prozess. Partizipation, Bürgerbeteiligung, gemeinschaftliches Machen zeichnen eine „Wertegruppe“ aus, deren Umfang in einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung über die Grundlagen für die Herausbildung von Vertrauen in Demokratie und Gesellschaft in Deutschland auf rund ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung geschätzt wird.⁴⁰
- (2) Die Erfolge der Piraten-Partei in den vergangenen Monaten drücken das Bedürfnis in Teilen der Wählerschaft nach einer Veränderung im politischen Feld aus. Die ins Parlament gewählten Piraten sind bereits die entscheidende Veränderung, weil sie neu sind. Die erstarrten, bekannten, ausrechenbaren Konstellationen und Optionen zwischen den parlamentarisch etablierten Parteien erscheinen als ausgereizt, sie stillen das Bedürfnis nach Veränderungen im politischen Feld nicht. Die Veränderung tritt bereits in dem Moment ein, in dem ein „neuer Akteur“ auftritt bzw. richtiger: von Wählern und Wählerinnen auf das politische Spielfeld geschickt wird. Alle anderen Parteien müssen sich auf diese neue Situation einstellen, weil ihre strategischen Planungen durcheinander gebracht werden. Diese Funktion des „neuen Akteurs“ benötigt nicht zwingend umfangreiche oder konsistente Programme und/oder personengebundene Kompetenz. Sie wird weder durch den Begriff „Protestwahl“ noch durch den Begriff „Anti-Partei“ ausreichend erfasst. Die spannende Frage ist, wie lange der Akteur durch sein Handeln das politische Feld in Bewegung halten, Veränderung auslösen kann. Die programmatische Offenheit der Piraten-Partei kann (muss nicht) sie auf mittlere Sicht zu einem bleibenden neuen Akteur machen, gerade weil sie eine große Vielfalt an Handlungsoptionen und Anpassungsfähigkeit sowie Projektionen und Vorstellungen über diese Partei zulässt. In einigen Monaten kann die politische Stimmung wieder völlig anders geprägt sein.⁴¹

⁴⁰ Jan Arpe: Vertrauen, Demokratie, Zukunft. Ergebnisse der Studie „Vertrauen in Deutschland“. Vortrag auf der Konferenz „Arbeitnehmerbewusstsein und Demokratie“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung am 3./4. Mai 2012 in Jena. In der qualitativen Untersuchung wurde gefragt, wodurch „Vertrauen“ vor allem entsteht bzw. worauf es beruht. Für ein Fünftel der Befragten stand „Bürgerbeteiligung“ obenan. Siehe auch: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A0B09A3B-B825E46A/bst/Vertrauensstudie_BST_2009.pdf

⁴¹ Vor gut einem Jahr beherrschten „Fukushima“ und die Grünen (in Baden-Württemberg) die politische Stimmung, von den Piraten sprach kaum jemand. Alle anderen Parteien entdeckten auf je ihre Art den begrüntem Kapitalismus.

- (3) Bei den anderen Parteien weiß man bzw. glaubt man zu wissen, was man hat und woran man ist. 2005 erhielt die heutige LINKE die Rolle des neuen Akteurs, die erfolgreich Parteigründung 2007 wurde von der Wählerschaft mit einer Spielzeitverlängerung zu verbesserten Konditionen honoriert. Aber die Rolle des neuen Akteurs, dessen bloßer Auftritt allein schon die anderen Parteien zu Veränderungen nötigt, war unter den veränderten parlamentarischen Konstellationen nicht mehr wie zuvor auszufüllen. Irgendwann stellte sich bei mehr und mehr potentiellen Wähler_innen der Eindruck her, dass von der LINKEN auch keine neue Initiative kommen würde. Das machte sie für eine Gruppe von vor allem jüngeren, internetaffinen Wahlberechtigten, zumal im Vergleich zu den aufkommenden Piraten, zum Teil der unbeweglichen, erstarrten politischen Verhältnisse – kein Zufall also, dass der Durchbruch der Piraten in Berlin (und nicht in Mecklenburg-Vorpommern vierzehn Tage zuvor gelang), weil hier einerseits die Parteistrukturen und die „Kernwählerschaft“ der Piraten-Partei besonders stark und konzentriert vertreten sind und andererseits nach zehn Jahren rot-roter Regierungskoalition das Bedürfnis nach Veränderung ausgeprägt war.
- (4) Das Bedürfnis nach Veränderung drückte sich nach einer Phase der parteipolitischen Flurbereinigung in den Gründungsjahren der Bundesrepublik, die mit dem Misserfolg der NPD bei der Bundestagswahl 1969 endete, erstmals Anfang der 1980er Jahre in der parlamentarischen Präsenz einer neuen Partei (Die Grünen) aus. Es folgten in Landesparlamenten einige „neue Akteure“ im rechten Spektrum (z.B. Republikaner, DVU, Statt-Partei, Schill-Partei). Die Erfolge der PDS sind eher als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Repräsentanz und Anerkennung denn als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Veränderung zu begreifen. Die PDS war kein „neuer Akteur“, sondern in Ostdeutschland von Anfang an dabei. Erstmals also 2005, fast ein Vierteljahrhundert nach den Grünen, schickte die bundesdeutsche Wählerschaft mit der LINKEN wieder einen neuen Akteur ins politische Feld. Wenn dies bundesweit 2013 bereits wieder geschehen sollte, und die jüngsten Wahlerfolge und Umfragen legen dies nahe, dann zeugt das von vielschichtigen Umwälzungen und Blockaden in der Gesellschaft, die von den existierenden Parteien nicht ausreichend beachtet und bearbeitet werden und aufgrund der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft kurz- und mittelfristig auch nicht bearbeitet werden können, weil dies in anderen Segmenten ihrer Wählerschaft zu Verlusten führen würde bzw. diese von den Parteiführungen erwartet werden.
- (5) Die Frage nach der Art dieser Verstopfungen im politischen System führt weg von der Analyse der Piraten als bloßer neuer Akteur im politischen Feld und hin zur Analyse der Piraten als Partei, auf die bestimmte Vorstellungen projiziert werden. Um welche Fragen handelt es sich?
- *Die Ritualisierung der Politik im Angesicht des Finanzkapitals:* Komplexität, Undurchschaubarkeit, systemische Zwänge, daraus erwächst Verdacht der Korruption: Weil die nichts machen, was doch auf der Hand liegt, müssen die korrupt sein, unter einer Decke stecken usw. Mit Transparenz, Offenheit, neuen Beteiligungsverfahren versprechen die Piraten einer Wählergruppe, denjenigen, die partizipieren wollen, einen Weg in die Politik, für die anderen verkörpern sie die Hoffnung, den Schleier von den herrschenden Machenschaften zu reißen. Die Piraten ziehen die Demokratie- und Politikfrage auf sich. Hinzu kommt: die Abschließung des politischen Systems, seine Sprache, seine Rituale, seine Spezialisierung richten gegen die Macht der Konzerne und Märkte offensichtlich auch nichts aus, da erwecken Parteien, deren Vertreter demonstrativ nicht als Alles- und Besserwisser auftreten, Vertrauen, gerade weil sie keine Fachkompetenz haben, sondern „Alltagskompetenz“ vermutet wird.
 - *Die Repräsentanzfrage:* Die Wahlkampagnen der Piraten unterlaufen das eingeübte Erscheinungsbild der anderen Parteien. Sie präsentieren nicht das gestylte CD, die retuschierten Gesichter der vergangenen zehn Jahre. Ihre Personenplakate präsentierten in Berlin Gesichter wie nach einer dreitägigen LAN-Party. Ihre Themenplakate hatten den subversiven Sound der Seiteneinsteiger und Querflieger.

Auf den ersten Blick waren die Piraten erkennbar als diejenigen, die anders sind als die anderen. Sie standen und stehen aber nicht gegen alle anderen, sondern quer zum mainstream und repräsentierten damit eine soziale Schicht, die sich in den Personen und Themen der anderen Parteien nicht wiedererkennen – und keinen Grund (mehr) sehen, sich unter denen für das kleinere Übel zu entscheiden. Hier geht es nicht um Forderungen und Interessen, sondern um Werthaltungen, um Einstellungen und Habitus, um kulturelle Codes.

- Möglicherweise gehört zum politischen Gelegenheitsfenster der Piraten auch, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland gut, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit langem ist, also keine „harten“ Themen die politische Diskussion beherrschen und die Wahlentscheidung bestimmen. Dass die Unzufriedenheit mit dem demokratischen Entscheidungssystem freilich ambivalente Züge hat, zeigen das Beispiel Griechenland und das Elend, in welches der Kapitalismus die repräsentative Demokratie gestürzt hat: Regierungen *müssen* „nicht mehr mit dem Vertrauen der Bürger, sondern mit dem Vertrauen unserer besonderen Freunde, der Märkte ausgestattet sein“.⁴² Das Ergebnis dessen sind Machtstrukturen, die durch nichtformalisierte und nichtöffentliche Entscheidungsfindung in den Vor- und Hinterzimmern der Macht geprägt sind, bei der es nicht einmal gleichen Zugang für alle Interessen gibt. Wenn die Piraten behaupten, das „Betriebssystem“ der Politik ändern zu wollen, wäre es interessant, zu erkunden, inwieweit womöglich genau diese Unzufriedenheit mit dem demokratischen Entscheidungssystem angezogen wird. Es könnte sein, dass die mediale Dominanz der Euro- und Fiskalkrise und mit ihr der „besonderen Freunde“, von denen alles abhängt und die die Politik rund um die Uhr beschäftigen, das Bedürfnis stärkt, wieder andere und eigene Themen auf die politische Agenda zu setzen bzw. setzen zu können.
- Das wirft die Frage nach den gesellschaftlichen Konfliktlinien, nach den blockierten Entwicklungspfaden auf, auf die durch die Wahl der Piraten aufmerksam gemacht werden soll. Schaut man auf die Themen, die mit den Piraten seit ihrer Gründung verbunden werden, so handelt es sich um große Themen wie Eigentum, Rechte des Individuums, Rechte der Produzenten und Bürger in einer technologisch radikal veränderten Produktionsweise. Offensichtlich haben Politik und Gesellschaft alternative Entwicklungspfade, notwendige Regulationsbedürfnisse und Chancen der besseren Einrichtung der Gesellschaft verschlafen, nicht genutzt, ja blockiert, und damit auch die TrägerInnen und Subjekte dieser Potentiale an ihrer Entfaltung gehindert, ihnen Anerkennung und Einfluss verweigert. Die Wahl der Piraten würde dann ausdrücken: Wir wollen daran unseren Teil. Und wir wollen unseren Teil beitragen, etwa zur Lösung des Partizipationsproblems unter veränderter technologischer Produktionsweise. In Traditionslinien des klassischen Sozialliberalismus, der in seinen guten Zeiten Grundsätze des Liberalismus und Sozialismus in demokratische Politik zu transformieren trachtete, weisen die Piraten und ihre Wähler darauf hin, dass die aktuellen Krisenphänomene tatsächlich Ausdruck einer Großen Krise sind, die die gesamte Produktionsweise erfassen, nicht weil der Kapitalismus am Ende ist, sondern weil sich die technologische Struktur der Wertschöpfung und der Gesellschaft radikal verändert hat, weil etwa neue technologisch gestützte Produktions-, Distributions- und Konsumweisen entstanden sind, die die Eigentumsfrage in neuer Gestalt akut machen.
- Hierzu, zur Blockade von Regulationsbedürfnissen, korrespondiert der Habitus der Piraten: Sie treten nicht auf als die einzige Partei mit den richtigen Antworten, in ihren Verfahrensweisen reflektieren sie die Komplexität der Angelegenheiten, durch ihre technikaffines Herangehen an Problemlösungen erscheinen sie per se eher unideologisch, eher realitätsorientiert und pragmatisch. Sie gebärden sich als „Ingenieure der Demokratie“.

⁴² Holger Schmale, Demokratie gegen das Volk; in: Berliner Zeitung, 11. Mai 2012, S.4.

Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren / der Autorin

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin und ist Geschäftsführer von MehrWert-Consult.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Konstanze Kriese ist Kulturwissenschaftlerin. Sie lebt in Berlin und arbeitet bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE. als Vorstandsreferentin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. Mai 2012 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *